

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnenten: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in der Post-Bittungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7678.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 je Zeile oberer Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 25. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Spinner und Weber.

Berlin, 24. Juni.

Die Baumwollgarne spielen in der Textilindustrie Deutschlands eine so bedeutende Rolle, daß ihre Zollfreiheit als ein Gebot volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und — um einmal diesen Ausdruck zu gebrauchen — nationaler Selbsterhaltung erscheinen muß. Der in der Zolltarif-Kommission auf Zollfreiheit gerichtete Antrag der Socialdemokraten stellt sich darum als das beste Mittel zur Förderung der Baumwollbranche dar, obwohl es einzelne Verbotskräfte, nur an augenblickliche Gewinnmacherei denkende Unternehmer giebt, die von einer Zollauflage sich größeren Profit versprechen und darum für die Beibehaltung hoher Zölle sind. Aber die gesamte Weberei wünscht starke Herabsetzung resp. Beseitigung der Garnzölle. Der Kampf zwischen Spinner- und Weberei-Unternehmern tobte heute in der Kommission. Münch-Ferber vertrat die Weberei, sein Fraktionskollege Schlumberger die Spinnerei. Ersterer gab hübsche Beweise von der Profitmacherei der Spinnerei-Unternehmer, die im Golde schwämmen. Ueberhaupt wurde der Interessenkampf zwischen den Unternehmern in heutiger Sitzung scharf gekennzeichnet.

Bei der Abstimmung dokumentierten sich sowohl die Interessengegenstände der einzelnen Gruppen, als auch die Differenzen in den handelspolitischen Anschauungen, die natürlich auch wieder auf Sonderinteressen der einzelnen Gruppen zugespielt sind. Die Agrarier Rautz und Sahn stimmten z. B. aus Haß gegen England für die Resolution Baudert, die die englische Garn-Numerierung durch die metrische ersetzt haben will.

Die man in die Beratung der Garnzölle eintritt, findet ein Vorschlag Baudert's Annahme, zunächst über seinen Antrag, die metrische Garnnumerierung nach den Beschläffen der internationalen Garnnumerierung-Kongresse in Wien, Brüssel, Turin und Paris einzuführen, zu beraten. Schlumberger, der den gleichen Antrag gestellt hat, tritt für die Annahme desselben ein. Geheimrat Wermuth bittet, die Angelegenheit nicht mit dem Zolltarif zu verquiden und den internationalen Unterhandlungen zwischen den Regierungen nicht vorzugreifen. Die deutsche Regierung sehe der Frage wohlwollend gegenüber, aber es dürfe nicht den Anschein gewinnen, als ob der Zolltarif davon unberührt werden solle.

Baudert ist anderer Ansicht und tritt dem Vordredner entgegen. Auf allen seit 1873 stattgefundenen Garn-Numerierung-Kongressen sei die metrische Numerierung als nötig erklart und beschlossen worden. Redner erklärt die zolltechnische und sachliche Notwendigkeit ihrer Einführung, die viele Nachteile für die Weberei, aber auch für die Klein-Konsumenten aufhebe. Handelspolitische Differenzen entstanden dabei nicht. Es handle sich darum, den letzten Schritt zu einer lange vorbereiteten nötigen Aenderung zu thun. Die bisherige Berechnung der Garnnummern wirkt verwickelt und schädigt das laufende Publikum; es giebt 64 verschiedene Berechnungsarten — Redner erklärt einen Teil derselben. Die Einrichtungen der englischen Spinnerei gestatten sehr wohl die Aenderung. England sollte darum dringend angegangen werden, den Schritt mit zu thun. Die Arbeiter der Branche, die sich beruflich ausbilden wollen, wünschen schon aus diesen Gründen die Aenderung; aber es kommt ihre Lohnberechnung ebenfalls in Betracht, deshalb beschloß der Internationale Textilarbeiter-Kongress, dem Beschluß der Industriellen beizutreten. Beweis, welche Wichtigkeit die Aenderung hat!

Graf Rautz stellt sich als principielle Anhänger der metrischen Garn-Numerierung vor, es müsse der alte Jopf der englischen Numerierung beseitigt werden, das werde sogar die Einführung englischer Garne fördern.

Staatssekretär v. Fischer erklärt den Antrag Schlumberger, die metrische neben der englischen Garn-Numerierung einzuführen, für undurchführbar.

Münch-Ferber meint, für die deutsche Weberei werde die sofortige Einführung der metrischen Numerierung eine heillose Verwirrung bringen. Müller-Julda schließt sich den Ausführungen des Geheimrats Wermuth an. Lebhafter Widerspruch wird ihm zu teil, als Redner erklärt, die Weber finden sich sehr schnell und gut in die Umrechnung der englischen zur metrischen Numerierung. (Grünberg ruf: Der Weber kümmert sich gar nicht darum!) Geheimrat Leydecker bezeichnet die Ausführungen des Vordredners als unrichtig und weist dies nach. Brömel warnt die Socialdemokraten vor der Bundesgenossenschaft Schlumbergers. Baudert hat keine Beforgnis vor dem Zusammengehen mit Schlumberger und den Großindustriellen in dieser Frage, wenn auch beide Gruppen aus andern Gründen oder Interessen zum gleichen Beschluß gekommen seien. Redner polemisiert dann eingehend gegen die gemachten Einwendungen und meint, es sei eine Redensart wenn jemand sage: ohne England ist nichts zu machen. (Widerspruch.) Wie die Einführung des Decimalismus auf andern Gebieten möglich war, so ist es auch hier möglich. Geheimrat Wermuth erhebt ein Bedenken des Antrags Baudert, da dieser die Einführung des metrischen Systems wünsche, noch bevor eine internationale Vereinbarung getroffen sei. Schlumberger besteht auf seinem Antrag und meint, die Engländer würden sich schnell fügen. Spahn hat zwar keine großen Bedenken bezüglich der Möglichkeit der Einführung im internationalen Wege, aber da Fachleute sich da gegen ausgesprochen hätten, sei er gegen die sofortige Einführung in Deutschland. Förder-Sachen schließt sich dem Vordredner an. Als Hochmann halte er die Schwierigkeiten der einseitigen Einführung für zu groß. Müller-Schwan ist für internationale Vereinbarung.

Die Anträge Baudert und Schlumberger werden abgelehnt.

Den Antrag auf Zollfreiheit für Baumwollgarne begründet Grünberg (Soe.), der eine Darstellung der Entwicklung der Baumwollspinnerei und die mit dieser Entwicklung wechselnden Zölle giebt. Bei den Textilzöllen trete ein Kampf zwischen Spinner- und Weberei-Unternehmern in Erscheinung, obgleich beide Gruppen auf einander angewiesen seien. Die Spinnerei-Unternehmer befänden sich in keiner ungünstigen Lage. Die englischen Spinnerei-Arbeiter erhalten 50 Prozent mehr Lohn als die deutschen, eine Konkurrenz wegen billiger Löhne habe also die

deutsche von der englischen Spinnerei nicht zu erwarten. Was habe die Regierung für Ursache, unter solchen Umständen den Spinnern höhere Zölle zu gewähren? Die weit überwiegende Ausfuhr rechtfertige den Zoll auch nicht. Aber die gesamte Baumwollweberei werde geschädigt, besonders aber die sächsische Gardinenweberei im Vogtlande und die Strumpf- und Handschuh-Weberei in Chemnitz, Limbach und dem ganzen Erzgebirge, wo die Arbeiter so wie so gedrückte Löhne haben. Von einem Schutz der Arbeiter ist also nicht die Rede, vielmehr schädigt sie der Zoll. Der inländische Konsum von Webwaren nimmt kaum die Hälfte der Produktion auf, der übrige Teil wird exportiert. Da müßte die Regierung die Spinnereibesitzer mit ihren Zollforderungen abweisen. Wenn die amerikanische Industrie sich weiter entwickelt, werden sich die Zölle als ein Hemmnis der Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie erweisen, dann wird man früher oder später die Zölle beseitigen müssen. Deshalb sollte man jetzt bei der Prosperität der deutschen Spinnerei die Zölle aufheben. (Bravo!)

Münch-Ferber erklärt, in Ansehn der heimischen Weberei habe die Tarifvorlage einen lähmenden und heillosen Schrecken hervorgerufen; die Weberei werde durch die Begünstigung der Spinnerei benachteiligt. Die Spinnerei sei ein großkapitalistisches Unternehmen, während die Weberei aus Kleinem hervorgehe. Und die großkapitalistischen Spinner wählten ihre Vorteile zu wahren. Falsche Zeitungsnachrichten über den angeblich schlechten Stand der Spinnerei und die angebliche Prosperität der Weberei hielten Großkapitalisten ab, sich der Spinnerei zuzuwenden, aber sie wendeten sich der Weberei zu und vermehrten die Konkurrenz. Hundert Prozent Gewinn bedeute der Zollschutz für den Spinner-Ertrag, während die Weberei niedergehe. Zahlen über die Lage in Hof in Bayern beweisen das. Die Neue Spinnerei in Hof zahlte im letzten Jahrzehnt Dividenden von 12, 15, 12, 12, 20, 17, 16, 17, 15 und 12 Prozent. Nachdem im Jahre 1900 die Neue Spinnerei sich mit der Aktienweberei fusioniert hatte, fiel die Dividende 1901 auf 6 Proz., weil eben die Weberei nicht prosperiert. Im Wirtschaftlichen Ausschuss seien vier Spinner, kein Vertreter der Baumwollweberei gehört worden. Vogel-Chemnitz interessiere sich nicht für die Baumwollweberei. (Brömel ruf: So wird's gemacht! [Heiterkeit].) Ferner hat man der Regierung falsche Angaben über die Spinnerei gemacht, ich habe darum diese Mährchen hier aufgedeckt. Redner wendet sich weiter scharf gegen die Garnzölle. In Hof hat ein Spinnerei-Unternehmen große Grundstücke gekauft, nur um den Gewinn nicht verkleinern zu müssen, die Spinner schwämmen im Golde. Redner empfiehlt die Anträge Brömel, die lauten:

- Nr. 439 einträchtig, roh: 3.— M.
- bis Nr. 22 englisch 6.— M.
- über Nr. 22 bis Nr. 32 englisch 9.— M.
- über Nr. 32 bis Nr. 47 englisch 12.— M.
- über Nr. 47 bis Nr. 63 englisch 15.— M.
- über Nr. 63 bis Nr. 83 englisch 18.— M.
- Nr. 439 einträchtig, gebleicht, gefärbt, bedrukt: Zoll des einträchtigen rohen Garns + 9 M.
- Nr. 440 zweidrehtig, einmal gezwirnt: Zoll des einträchtigen roh: Zoll des einträchtigen gebleicht, gefärbt, bedrukt: rohen Garns + 3 M. Zoll des einträchtigen rohen Garns + 9 M.
- Nr. 441 drei- oder mehrdrehtig, einmal gezwirnt roh: 30.— M.
- gebleicht, gefärbt, bedrukt: 36.— M.
- Nr. 442 zwei- oder mehrdrehtig, wiederholt gezwirnt roh: 36.— M.
- gebleicht, gefärbt, bedrukt: 42.— M.

Geheimrat Wermuth erklärt, es sei der Regierung unangenehm, in den Streit zwischen Spinnerei und Weberei eingreifen zu müssen, aber er betone, daß die Weberei gegenüber der Spinnerei nicht benachteiligt sei. (Widerspruch.) Im Wirtschaftlichen Ausschuss sei die Vertretung eine gleichmäßige gewesen, er wisse es zurück, daß die Weberei nicht vertreten gewesen sei. Er sei erstaunt, daß die Weberei durch den Tarif in lähmenden Schreden verfiel worden sei, denn die Zollergebnisse des Tarifs lassen keine Belästigung der Weberei erkennen. Redner hat eine eingehende Erklärung Münch-Ferbbers über seine Anträge vernichtet und sucht deren Bedeutung zu erklären. Abg. Grünberg habe mit Recht auf die Entwicklung der amerikanischen Industrie hingewiesen. Aber wenn die Garnzölle aufgehoben würden, sei eine übermächtige Konkurrenz durch englische Garne zu befürchten.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter v. Seyger betont, daß Bayern stark interessiert ist an dieser Frage; er wünscht, daß die Kommission der Vorlage zustimmen möge. Die Brömel'schen Anträge z. B. bedeuteten eine unzulässige Begünstigung der Weberei. In Bayern lägen die Arbeiterverhältnisse infolgedessen ungünstig, als Arbeiter schwer zu erhalten seien. (Jurise: Man nimmt italienische Arbeiter wegen der Schundlöhne!) So günstig, wie es geschildert worden, siehe die Spinnerei nicht.

Brömel wendet sich gegen den Geheimrat Wermuth, der sich appellierend an die Agrarier gewandt und ihnen gedroht habe, wenn die Industriezölle herabgesetzt würden, dann habe man keine Kompensationsobjekte für agrarische Zölle. Wäre der Gedanke nicht so verflucht geblieben, man wär verflucht, ihn nicht ganz lug zu nennen! (Große Heiterkeit.) Das Ausspielen von Interessenten gegeneinander bringt keinen Nutzen. Seine, Redners, Anträge richteten sich gegen ein geschicktes funktioniertes Raubsystem, er freue sich, daß sie die Zustimmung der Hochmänner finde.

Spahn stellt darauf einen neuen Antrag, zu dessen Gunsten Münch-Ferber seinen Antrag zurückzieht. Der Antrag lautet:

- Nr. 438 einträchtig, roh: 4.— M.
- bis Nr. 22 englisch 10.— M.
- über Nr. 22 bis Nr. 32 englisch 14.— M.
- über Nr. 32 bis Nr. 47 englisch 20.— M.
- über Nr. 47 bis Nr. 63 englisch 30.— M.
- über Nr. 63 bis Nr. 83 englisch 36.— M.
- über Nr. 83 bis Nr. 102 englisch 42.— M.
- Nr. 439 einträchtig, gebleicht, gefärbt, bedrukt: Zoll des einträchtigen rohen Garns + 10 M.
- Nr. 440 für zwei- und mehrdrehtig, einmal gezwirnt, roh, erhöht sich der Zollfuß um 25 Proz.

Nr. 441 zwei- und mehrdrehtig, einmal gezwirnt, gebleicht, gefärbt, bedrukt: Zoll des zwei- und mehrdrehtigen einmal gezwirnten rohen Garns + 10 M.

Schlumberger begründet in heftigster Rede seine Anträge, die der Spinnerei hohe Zölle gewähren wollen. Redner behauptet, seine Anträge dienten den Arbeitern. Diese Behauptung findet starken Widerspruch bei den Socialdemokraten. Redner wendet sich scharf gegen Münch-Ferber, der zu viel habe beweisen wollen, damit aber nichts bewiesen habe; er ironisiert die Klagen der „armen Webereibesitzer“.

Geheimrat Leydecker, Regierungsvertreter für Elsaß-Lothringen, wendet sich gegen einige Bemerkungen Schlumbergers über die Elsaß-Lothringischen Verhältnisse. Die weitgehenden Ermäßigungen in den Anträgen Münch-Ferbbers könne er nicht empfehlen, nachdem die Regierung die Zölle schon herabgesetzt habe. Spahn wünscht, daß die Erklärungen der Regierungsvertreter zu Protokoll gegeben werden. Das wird zugesagt.

Die Debatte wird vertagt.  
Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Juni.

#### Die neue Marinevorlage.

Seitdem der „Vorwärts“ den Geheim-Erlaß des Herrn v. Tirpitz veröffentlicht hat, weiß man, daß die Regierung abermals eine Durchbrechung des Flottenplans beabsichtigt. Man weiß, daß eine neue große Marinevorlage bevorsteht, in der zum mindesten die seiner Zeit abgelehnten Auslandskreuzer nachgefordert, und in der auch die bei der Durchbrechung des Flottengesetzes vorsichtig verschwiegenen Kosten der gesteigerten Indienststellungen in ihrer wirklichen Größe erscheinen werden.

Der Umstand nun, daß der Kaiser lehtsin wieder eine Flottenrede gehalten, und daß die Mitglieder der Budgetkommission, die Abg. Graf v. Arnim, Dr. Baumbach, Baffermann, Eichhoff (frei.), Müller-Julda, Graf v. Oriola, Dr. Paasche, Speck, Graf v. Stolberg-Wernigerode und v. Liebedemann von Herrn v. Tirpitz zu einer Flottenschau geladen worden sind, die in diesen Tagen stattfindet — hat die „Vossische Zeitung“ veranlaßt, den bereits bekannten Plan als eine Renigtheit zu vermelden. Allerdings behauptet die „Voss. Ztg.“, daß nicht die Auslandskreuzer, sondern ein Auslandsgechwader von Linien-schiffen gefordert werden würde. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bezieht sich ihrerseits, die Nachricht durch ein Scheindementi zu bestätigen, indem sie schreibt:

Es ist allgemein bekannt und bei den Verhandlungen gelegentlich des Flottengesetzes 1900 andrücklich betont, daß vom Jahre 1900 ab eine Verneuerung der Auslandsflotte beabsichtigt sei. Die gesetzliche Festlegung dieser Verneuerung ist damals unter Einverständnis der verbündeten Regierungen vertagt worden und wird nach der Erklärung des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts gelegentlich der Reichstags-Sitzung vom 7. Februar 1902 voranschrittlich in der Session 1904/05 erneut beantragt werden. Ueber die Art einer solchen Vorlage schon jetzt Mutmaßungen anzustellen, ist nach unserer Ansicht recht überflüssig, da selbstverständlich nach dieser Richtung hin noch keinerlei Entschlüsse an den maßgebenden Stellen gefaßt sein können.

Auch die katholische „Germania“ — das Centrum ist natürlich wieder führend in der Flottenmogelei — bestätigt ganz nach Art der Offiziösen, indem sie scheinbar berichtet. Sie ist in der Lage,

„aus gut informierter Quelle mitteilen zu können, daß im Reichs-Marine-Amt an eine neue Flottenvorlage nicht gedacht wird, am allerwenigsten an die Forderung eines Linien-schiff-Gechwaders. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß in etwa drei Jahren noch eine Ergänzung der Auslandsflotte angefordert wird, deren Ausführung sich jedoch auf die Jahre 1906—1911 erstrecken würde, also auf noch sehr fernliegende Zeiten. Ob man künftig statt großer Kreuzer auch für den Auslandsdienst Schlachtschiffe einführen wird, ist ziemlich belanglos, da die Kosten beider Schiffstypen sich mit der Zeit immer mehr genähert haben.“

Das Centrum, das noch bei den Beratungen über den Tirpitz-Erlaß so that, als dente es nicht daran, die Neuforderungen zu bewilligen, ist bereits so weit vorgeschritten, daß es schon für gleichgültig erklärt, ob man ein Geschwader von Kreuzern oder von Schlachtschiffen bewilligt.

Neue große Marine-Ausgaben stehen also bevor. Der Zollwucher, der die Notdurft der Massen besteuert, soll die ausgepumpte Reichskasse füllen, damit Krupp weitere Lieferungen erhalten kann. Kein Zweifel, daß das Centrum für alles zu haben sein wird. Diesmal aber hat auch Herr Eugen Richter das Anrecht, daß eines der neuen Schlachtschiffe seinen Namen erhält. Denn durch das freimüthige Juckersteuer-Manöver hat er der Regierung die Mittel für ihren Marineismus entgegen getragen.

#### Die socialdemokratischen Siege in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns in Ergänzung unserer gestrigen Mitteilungen vom 23. Juni geschrieben: Einen Wahlsieg, wie er gleich glänzend in unserer Partei nur selten zu verzeichnen ist, haben unsere hiesigen Parteigenossen bei den gestrigen Gemeinderatswahlen (Nachwahlen) errödet. Es gelang ihnen, zu dem Siege, den sie bereits vor acht Tagen beim ersten Wahlgang genommen, 12 weitere zu erobern, so daß sie in der zukünftigen Vertretung der Reichslandes-Hauptstadt statt der bisherigen zwei



**Ausland.**

**Die Polenpolitik und der galizische Landtag.**

— Wien, 22. Juni.

Es scheint, daß die Regierung Koerber, begünstigt durch die klaren Erfahrungen des vorigen Jahres, dafür gesorgt hat, daß ihre der galizische Landtag diesmal keine Angelegenheiten bereite. Im vorigen Jahre beschloß der Landtag bekanntlich eine gefahrliche Resolution wegen des Breschener Kriminalfalles; sie wurde von dem Fürsten Czartoricki in sehr heftiger Weise begründet, ohne daß der Vertreter der Regierung, der Statthalter Graf Pinski, ein Wort des Widerspruches für notwendig befunden hätte. Die „Einnischung“ des galizischen Landtags in die „inneren“ Angelegenheiten eines fremden Landes führte dann zu lebhaften Polemiken, und der österreichisch-ungarische Vorkämpfer mußte sich schließlich bequemen, in Verleugrungen „Erklärungen“ abzugeben. Den Ausgang in das Gebiet der internationalen Politik wird der Landtag heute unterlassen, obwohl der Vorwand, die Marxenburger Rede des deutschen Kaisers, auch heute gegeben wäre. Daß die Stanzchen die Luft verloren haben, sich nach einmal die Finger zu verdrehen, mit wirkungslosen Demonstrationen die Gunst der Krone aus Spiel zu setzen, hat man an ihrer Zurückhaltung schon in der Delegation gesehen, wo sich Herr v. Jaworski nur ein paar Anspielungen gestattete, und insbesondere im Abgeordnetenhaus bei den plumpen Ausfällen des reklamefüchtigen Herrn Klossac, von denen sich das offizielle Polentum mit unternehmender Keuschheit fernhielt. Noch deutlicher wird die Sache, an die Verhältnisse zu fassen, die in der Wiener Hofburg die größte Empfindlichkeit werden, im Landtage selbst: die Mitglieder des polnischen Landtagsklubs haben gestern ausdrücklich beschlossen, alle Anträge und Ausfälle wegen der preussischen Polenpolitik zu unterlassen.

In seiner Eröffnungsrede hat Landmarschall Graf Potocki die Meinung der „maßgebenden“ Kreise folgendermaßen geschildert: „Schon durch die Geschichte der polnischen Nation war dargelegt, daß ein lebensfähiges Volk, welches die Vergangenheit hochhält und auch die Kraft zu künftiger Thätigkeit besitzt, weder durch beeinträchtigende Ausnahmegerichte, noch durch andere nationale oder wirtschaftliche Verfolgungen ausgerottet werden könne. Die Antwort darauf und eine Abwehr der Verdrängung und Ungerechtigkeit sollten nicht unnütze Demonstrationen und noch so schön klingende Reden sein, sondern eine um so intensiver Arbeit zur Stärkung und Sammlung der nationalen Kräfte, sowie die Aufopferung und würdevolle Erfüllung der schwierigen Pflichten. Aus diesem Grunde müsse auch hierzulande jede Äußerung, sei es des Socialen, sei es des nationalen Hoffes als in ihren Konsequenzen für das ganze Land schädlich und nicht einmal für die eigene Nationalität nützlich, beurteilt werden.“ Wohl wurde von dem vollparteilichen Abgeordneten Stajanski ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, gegen die „Kampfsparole“ Wilhelms II. „feierlich Protest zu erheben“ und von der Regierung zu fordern, sie möge ihre „Stellung“ gegenüber dieser Rede „unzweifelhaft präzisieren“, aber der thörichte Antrag hat noch keine einzige Unterschrift gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die kleinen, oppositionellen Gruppen irgend eine Aktion unternehmen werden, aber zu einer Demonstration des Landtages wie im vorigen Jahre wird es heute sicherlich nicht kommen. Wenn die Regierung nicht will, so wagt die Schlachta nichts — was freilich auch darthut, daß die vorjährigen Demonstrationen von Wien aus nicht gerade ungern gesehen worden sind. Man ist in Wien sehr bundestreu, aber man hat nichts dagegen, dem Verbänden von Zeit zu Zeit gründlich zu ärgern.

**Schweiz.**

**Wern, 24. Juni.** Der Ständerat hat heute den neuen Zolltarif in der Schlussabstimmung mit 82 gegen 6 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Wie bekannt, wird gegen den Tarif das Referendum des Volkes angesetzt werden.

**Frankreich.**

**Paris, 24. Juni.** Die verschiedenen republikanischen Kamergruppen haben sich dahin verständigt, den socialistischen Führer Jaurès als Nachfolger für den scheidenden Vicepräsidenten Maurice Faure vorzuschlagen. Seine Wahl gilt als gesichert.

Der Pariser Gemeinderat beschloß, als Protestkundgebung gegen die Rede Jaurès über Elsaß-Lothringen am 14. Juli, dem Nationalfeste in corpore sich zu der Statue Straßburgs zu begeben und dort einen Kranz niederzulegen. Der Vorn des nationalistischen Gemeinderats ist für dem Betroffenen eine Ehreung.

Von nationalistischer Seite wird der Kammer noch im Laufe dieser Woche ein Gesetzesentwurf zugehen, welcher bezweckt, die fremden Arbeiter mit einer Steuer zu belegen. Ein ähnlicher Vorschlag war bereits früher gemacht, von der radikal-socialistischen Mehrheit jedoch abgelehnt worden.

Dem „Intransigent“ zufolge steht in der Humbert-Affaire eine sensationelle Verhaftung bevor, welche heute oder morgen erfolgen soll.

**England.**

**Erkrankung des Königs.**

Aus London wird gemeldet: Das Krönungsfest ist wegen Unpäßlichkeit des Königs auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Krankheit des Königs wird als Blinddarmentzündung angegeben. Am Dienstagvormittag ist eine Operation vorgenommen worden, die nach Angabe der Ärzte gut überstanden ist.

Die zahlreich versammelten fremden Fürstlichkeiten sowie die schaulustige Volksmenge werden sich also in Geduld fassen müssen.

**London, 24. Juni.** Das „Huntersche Bureau“ erzählt: Ueber die Abreise der ausländischen Gäste ist noch nichts entschieden, es heißt indessen, die Abreise werde erfolgen, sobald bestimmte Mitteilungen über die Operation vorliegen. In amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß der Zustand des Königs ziemlich ernst sein muß, sonst würde die Operation nicht jetzt vorgenommen werden.

**Die Trades Unions und die politische Aktion.**

**London, 21. Juni.** (Fig. Ver.) Abgesehen von den politischen Beschlüssen der einzelnen Trades Unions ist das vor zwei Jahren entsandene Labour Representation Committee bemüht, die Trades Unions in eine politische Arbeiterpartei zu organisieren. Dieses Komitee für parlamentarische Arbeitervertretung zählt nach einem vor wenigen Tagen erstatteten Rundschreiben 650 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Für den Beobachter des englischen Lebens bedarf es keiner langen Auseinandersetzungen, daß eine Organisation von Arbeitern, die so rasch wächst, keine neuen Grundzüge bieten kann. In England revolutioniert man die Köpfe der Arbeiter nicht mit dieser Fügigkeit. Noch mehr: gerade das schnelle Wachsen dieser Organisation stimmt unsere Erwartungen sehr herab. Die Führer dieses Komitees sind Mr. und Mrs. J. R. Macdonald, deren Verdienst um den socialpolitischen Fortschritt Englands darin besteht, daß sie Böhm-Bawerls Sacris gegen die Marx'sche Welttheorie ins Englische übersetzten, um das

englische Proletariat vor den Irreführern der deutschen Socialdemokratie zu schützen. Selbstredend leugnet Mr. Macdonald den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft. Das Labour Representation Committee ist das Bindeglied zwischen der Unabhängigen Arbeiterpartei und der entstehenden gewerkschaftlichen Arbeiterpartei. Macdonald ist der leitende Geist dieser Bewegung. Man kann sich also einen Begriff machen von der wackeligen Bedeutung der politischen Vorgänge innerhalb der Trades Unions. Man sieht nicht ein, daß schon die Notwendigkeit der Gründung einer besonderen Arbeiterpartei einen Beweis für die Klassenkampftheorie bildet. Aber in England gilt bekanntlich das „Muddling through“ (sich hindurchirren).

In seinen früher genannten Rundschreiben schlägt Macdonald den 650 000 Mitgliedern vor, einen Centralfonds für Parlamentswahlen dadurch zu bilden, daß jedes Mitglied einen Penny (8 Pf.) jährlich bezahlt. Das würde pro Jahr 8000 Pf. St. (ca. 80 000 M.) machen. Das Komitee soll bei den nächsten Wahlen 350 Kandidaten aufstellen. Die parlamentarischen Vertreter sollen je 200 Pf. St. an Prämien erhalten.

Die Gewerkschaft der Kesselschmiede beschloß, ihrem parlamentarischen Vertreter 350 Pf. St. (7000 M.) jährlich an Diäten zu zahlen.

**Rußland.**

**Schulerlass.** Der Petersburger „Regierungsbote“ veröffentlicht einen Erlass des Kaisers an den Minister für Volksschulbildung, Senger, welcher verschiedene Anordnungen über die Umgestaltung der Mittel- und Hochschulen enthält. Unter anderem sollen in den Reichsbürgern und Gouvernementsstädten bei den Mittelschulen allmählich Internate errichtet werden.

Eine nähere Kenntnis des Erlasses wird zeigen, was dieser neueste russische „Volksschulungs“-Erlass bedeutet.

**Die Gärung unter den Bauern** ist in fortwährendem Wachsen. Aus verschiedenen Teilen des Reiches laufen Nachrichten ein, daß die Bauern für die Ereignisse in den Gouvernements Poltawa und Charkow großes Interesse zeigen. Ueberall mache sich gegen die Gutsbesitzer und Polizei ein scharfer Unmut bemerkbar und die Bauern seien überzeugt, daß binnen kurz oder lang die Gutsbesitzer an die Bauern übergehen. Die Regierung kann sich das alles nicht anders erklären, als durch die revolutionäre Propaganda. Noch nie ist ihr Widerstand gegenüber allen intelligenten Leuten auf dem platten Lande so stark gewesen wie gegenwärtig. Besonders unangenehm sind ihr die Statistiker der Semstwo. In einigen Gouvernements ist es den Semtwos verboten worden, in diesem Frühjahr statistische Erhebungen zu veranstalten, und der neue Minister des Innern v. Plehwe arbeitet dahin, die statistischen Vertreter der Semtwos aufzuheben, an ihre Stelle sollen die verlotterten statistischen Komitees der Gouvernementsbureaus treten. Eine andre Kategorie höchst verdächtiger und unliebsamer Elemente scheinen der Regierung die Volksschullehrer zu sein. In der letzten Zeit sind an verschiedenen Orten in den Volksschulen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, so z. B. im Gouvernement Tschernow; im Kreise Koslow wurde der Lehrer der Semstwo-Schule, Silotow, arretriert, im Kreise Lomow der Lehrer Andrejew und Tschernyschew. Kürzlich wurde die Wohnung des gewissen Volksschullehrers A. Dobronrawow in der Stadt Lomow gebausucht. Die Polizei fand ihn selbst schon nicht mehr vor und war darüber aus dem Häuschen. Dobronrawow wird die Anstiftung zum Aufstand unter den Bauern zur Last gelegt. Aus dem Gouvernement Orel wird mitgeteilt, daß die Erregung unter den Bauern auch hier in offener Aufruhr übergehe.

**Afrika.**

**Die Verfassungsfrage in Kapland.** Ein Telegramm aus Kapstadt bringt Einzelheiten über die Frage der Abschaffung der Verfassung. Wie es scheint, hat diese Frage eine Spaltung in der Lokalspartei hervorgerufen. Die südafrikanische Liga, welche den Jameson'schen Einfall seiner Zeit inszenierte, hat diese Gegenaktion ins Werk gesetzt. Die Gegner der Liga erklären, daß die ganze Angelegenheit von der Umgebung Cecil Rhodes ins Werk gesetzt worden sei, welche eine spezielle Gesellschaft für die Debeers-Gesellschaft und die Aktionäre der Chartered-Company verlangte. Miner ist Anhänger der Abschaffung der Kapverfassung, obgleich er bei Beginn des Krieges den Kapständern versprochen hat, daß am Ende des Krieges ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht verringert würden.

**Asien.**

**Peking, 23. Juni.** Der amerikanische Missionar Cantright telegraphiert aus Tschingtu (Provinz Sschwan), daß die Methodisten-Kapelle zerstört und 10 Christen getötet seien; die Bogerbewegung breite sich in der Gegend aus.

**Partei-Nachrichten.**

**Totenliste der Partei.** In Hildesheim starb im Alter von 40 Jahren der Genosse Wilhelm Guch an der Keilkopfschwindel. Guch war seit den 80er Jahren für die Partei thätig. Das Unternehmertum quittierte ihn dies, indem es ihn zusammen mit dem Genossen Karl Stephan mahregelte. Weiden gelang es, eine wenn auch bescheidene Erbschaft als Handwerkermeister zu finden, und sie widmeten sich der Partei, unabhängig geworden, mit erhöhtem Eifer.

Das Deutmal für Peter Lawroff wurde, wie uns unser Pariser Korrespondent schreibt, am 22. Juni auf dem Pariser Friedhof Montparnasse unter zahlreicher russischer und französischer Beteiligung eingeweiht. Der in seiner Schlichtheit wirkungsvolle Deutstein, ein ungeschliffener rötlicher Granitblock, verschwand unter den Kränzen und Blumen, die von den russischen und polnischen socialistischen Organisationen, von den russischen Studenten zu Paris und von einzelnen Personen gespendet waren. Außer den Vertretern der verschiedenen russischen socialistischen Organisationen hielten Ansprachen die französischen Genossen: Bailiant namens der P. S. D. F. und der Blanquisten, Charles Longuet namens des interparlamentarischen Komitees der P. S. F., Braque namens des guesdistischen Parteivorstandes und Ray namens des Syndikats der socialistischen Journalisten. Die Feier zu Ehren des großen Denkers und Kämpfers gestaltete sich zugleich — dank insbesondere auch der Erklärungen der französischen Redner — zu einer Kundgebung gegen den Parismus und die offizielle Allianz zwischen Bourgeoisrepublik und Knete. Die Polizei hat die Feier nicht gestört, obwohl sie in ansehnlicher Zahl aufgeboten war.

**Politikliches, Gerichtliches u. s. w.**

— **Der § 8 lebt noch!** Die ministerielle Auslegung des § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, wonach den Frauen die Teilnahme an Versammlungen politischer Vereine in einem besonderen Segment als Zuschauerinnen gestattet sein soll, scheint teilweise den unteren Verwaltungsbehörden noch unbekannt zu sein, teilweise findet sie eine Auslegung, durch welche die durch das mutvolle Vorgehen des Bundes der Landwirte dem Ministerium des Innern in Bezug auf die Versammlungsfreiheit für die Frauen abgerungenen Vorteile wieder aus der Welt verschwinden werden. In Preetz (Schleswig-Holstein) war eine Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins, in der Frauen als Zuschauerinnen anwesend waren, aufgelöst worden. Selbstverständlich wurde dagegen Beschwerde eingelegt, die vom Landrat verworfen wurde mit folgender Begründung:

„Die Versammlung tagte in einem Lokale von 6,5 Meter Länge und 5,5 Meter Breite. In diesem war eine kleine Ede durch lose stehende Tische für die Frauen abgeteilt. Bei diesen Raumverhältnissen sowohl als bei dieser Form der Abteilerung konnten die Frauen nicht lediglich als Zuschauerinnen angesehen werden. Es lag demnach unzweifelhaft ein Verstoß gegen die auch in Schleswig-Holstein eingeführten Bestimmungen vom 11. März 1880 vor.“

Es ist ganz gut, daß die unteren Verwaltungsbehörden öfter daran erinnern, daß der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes keineswegs aufgehört hat zu existieren, daß vielmehr „nur“ eine ministerielle Verordnung seine Anwendung „regelt“, der ministerielle Erlass könnte sonst leicht die Frauen vertrauensselig machen und die Agitation gegen die Schönheiten unsres Vereinsgesetzes einschläfern.

— **Staatsgefährliche und staatsverhätende Musik.** Die Dessauer Arbeiter haben dies Jahr wie auch sonst in anderen Jahren ein Gewerkschaftsfest veranstaltet. Im Vorjahre fand zum erstenmal aus diesem Anlaß auch ein Umzug der Gewerkschaften statt, der — es ließ sich kein Schutzmännchen während desselben bilden — ohne die geringste Störung verlief. Auch in diesem Jahre kam der Vorgehende des Kartells um die Erlaubnis zu dem Umzuge ein, die dem auch schriftlich erteilt wurde. Während das Kartell nun, dank erfüllt gegen die entgegenkommende Polizei, alle Vorbereitungen zu der Festlichkeit traf, erwiderte das Heranrücken des Umzugssterms bei der Behörde ganz andre Gefühle. Eine heillose Verwirrung muß dieser Umzug in den Köpfen der Polizei angerichtet haben, obgleich er diese gar nicht berühren sollte. Am Sonnabendabend, dem Tage vor dem Fest, wurde dem Kartellvorsitzenden plötzlich von einem Beamten die Mitteilung gemacht, daß der Umzug verboten sei; wenige Stunden darauf teilte man ihm offiziell mit, die Sache sei noch nicht definitiv entschieden: endlich — zwei Stunden vor Abmarsch des Zuges — kam die definitive Entscheidung, die dahin lautete, daß der Umzug genehmigt, die Musik im Zuge jedoch verboten sei. Um wenigstens etwas Stimmung in den Zug zu bringen, dirigierte das Komitee die Kapelle nach einer Anzahl von Lokalen, die der Zug zu passieren hatte; durch diesen losen Streich machte die Behörde dem Komitee scheinbar einen festen Streich, indem sie auch in den Lokalen das Spielen verbot. So zogen denn die Proletarier in Pflaß traurig über Straße dahin, unfähig dem aufhaltigen Staate Schaden zuzufügen, weil ihnen die gefährliche staatsumstürzende Musik fehlte; derweilen rodelten eine Anzahl bürgerlicher Radfahrer in einem andren Teile der Stadt eine Korfsofaber ab, begleitet von den jubelnden Klängen zweier staatsverhätender Musikchöre. — Die Dessauer fragen sich nun, was denn eigentlich das Verbot der Musik in aller Welt für einen Sinn gehabt haben soll! Wozu man denn bei den Handlungen von Behörden solche unverschämte Fragen stellen?

— **Ein zurückgewiesener Inseratenauftrag** hat dem verantwortlichen Redacteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Genossen G. H. in Hof, zu einer Strafe von 40 M. event. 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Einer Warenhausfirma fiel es eines Tages ein, das Blatt mit dem Auftrage zu beehren, zwei Inserate zum Preise von je 3 M. aufzunehmen, die nach dem Tarif zusammen 30 M. (also das Heftfache) gekostet hätten. Der noble Auftrag wurde zurückgewiesen und G. H. nannte in einer Redaktionsnotiz das Unternehmen „unverschämte“ und den Auftrag „erbärmlich“. Dies kränkte die Firma so schwer, daß sie G. wegen Verleumdung verklagte, und das Gericht sprach die oben mitgeteilte Strafe aus.

**Sociales.**

**Arbeitslohn und Warenwert.**

**London, 22. Juni.** (Fig. Ver.) Ein kürzlich veröffentlichter Bericht des Handelsministeriums (Board of Trade) giebt folgende interessante Zahlen über das Verhältnis von Arbeitslohn zum erzeugten Warenwert:

Industrie	Lohn pro 100 Pfd. St. Prod.
Bergbau	55
Schiffbau	87
Strassenbahn	31
Eisenbahn	30
Ackerbau	29
Textil	29
Eisen	23
Stahl	23
Druckerei	7

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

**Zur Lohnbewegung der Bauarbeiter** ist zu melden, daß am Dienstag auf sämtlichen Bauten die neuen Forderungen eingereicht worden sind. Ein Teil der Unternehmer hat sofort anstandslos bewilligt, ein andrer Teil verhielt sich jedoch ablehnend. Zu den neuen Bedingungen sind 860 Arbeiter auf 45 Bauten beschäftigt, während 428 Arbeiter auf 43 Bauten in den Anstand getreten sind. Außerdem wird noch auf einer Anzahl Bauten zu den alten Bedingungen weitergearbeitet, weil daselbst Verhandlungen mit den Unternehmern schweben.

**Verächtigung.** Nicht die Arbeiter der städtischen Steinplätze, sondern die des städtischen Kohlenplatzes haben die Versammlung abgehalten, über welche in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ berichtet wurde.

**Deutsches Reich.**

**Die Bauunternehmer in Hamburg** haben im Kampf gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter noch keinen Erfolg gehabt, und es ist auch keine Aussicht, daß sie zum Ziele kommen. Das eifrige Suchen nach Streikbrechern ist fast ganz ergebnislos, und selbst die bereitwillige Hilfe, welche die Polizei den Unternehmern im Kampfe gegen die Arbeiter leistet, kann die unterbrochenen Arbeiten nicht fördern. Welche Mittel die Innungsmeister anwenden, um aus allen Ecken und Enden des Reiches Arbeitswillige nach Hamburg zu locken, dafür wird uns ein Beispiel aus Bochum mitgeteilt. Dort wurden zuerst durch Zeitungsinserte Maurer und Zimmerer nach Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg gesucht. Darauf fiel jedoch niemand herein. Dann erschienen zwei Agenten des Bierstädtchens, die in einer Wirtschaft ein förmliches Werdebureau für Arbeitswillige einrichteten, auch durch riesige Plakate an den Anschlagtafeln Arbeitskräfte „nach anwärts“ (ohne Angabe des Ortes) suchten. Die organisierten Arbeiter Bochums waren aber auf dem Posten. Sie wußten auch die Absicht dieses Wanders zu vereiteln. Von 15 Arbeitern, die sich bei den Agenten gemeldet hatten, verzichteten 13 auf die endgültige Anwerbung und die Beauftragten des Bierstädtchens mußten, ärgerlich über ihren Mißerfolg, unverrichteter Sache abziehen. — Derartige Versuche, Streikbrecher anzuwerben, werden in den verschiedenen Orten gemacht. Die Arbeiter seien deshalb zur Vorsicht gemahnt.

**Eine starke Innung** stellt der Arbeitsnachweis der Holzindustriellen Leipzigs an einen Tischlergesellen, der ohne Verwendung dieses Nachweises in Arbeit getreten ist, nachdem er sich vorher auf dem Nachweise hatte einschreiben lassen. — „Sie wollen mitteilen, wo Sie in Arbeit getreten sind und durch wen Ihnen diese Stelle bekannt gemacht wurde.“ So lautet ein Schreiben, welches der Arbeitsvermittler dem Gesellen zusandte. Dieser beachtete das Schreiben natürlich nicht. Aber der Verwalter des Kontrollbureaus der Holzindustriellen gab sich damit nicht zufrieden. Wieder erhielt der Tischler, der es nicht für nötig hielt, sich freiwillig unter die Kontrolle der Holzindustriellen zu stellen, ein Schreiben dieses Inhalts: „Trotz der an Sie gerichteten Aufforderung haben Sie es bis heute unterlassen, mitzutellen, bei welchem Meister Sie in Arbeit getreten sind. Ihrer nummernrigen Nachricht im Laufe des Sonnabends sehen wir dringend entgegen.“

**Achtungsvoll**

(Stempel des Arbeitsnachweises.)  
Auch diese ermahnte, ebenso dreiste wie unverschämte Aufforderung blieb natürlich ohne Antwort. — Ist also in diesem Falle das Verlangen der Unternehmer in der Holzindustrie ohne Erfolg geblieben, so zeigt es doch, was die Perren — und zwar nicht nur in Leipzig

— wollen: Unumschränkte Kontrolle über die Arbeiter, damit jeder, der nicht pariert, gemahnt werden kann, wenn es den Unternehmern beliebt. Die Arbeiter werden sich in jedem Falle solcher unbeschränkter Eingriffe in ihre persönliche Freiheit zu erwehren wissen.

**Die Schuhmacher in Rostock** haben ihren bereits längere Zeit währenden Streik beendet. Sie haben von ihren Forderungen etwas nachgelassen, andererseits sind ihnen die Arbeitgeber entgegengekommen. Man einigte sich auf einen wöchentlichen Mindestlohn von 15 M. und 10stündige Arbeitszeit. Für Stundearbeit ist ein Zuschlag von ungefähr 10 Proz. errungen. Vor dem Streik betrug der Wochenlohn 12 M., die Arbeitszeit 11 Stunden. Es sind noch nicht alle Streikenden wieder in Arbeit, deshalb ist der Zugang fern zu halten.

#### Ausland.

**Lohnbewegung der Bäcker in Amsterdam.** Eine Versammlung der Bäcker Amsterdams hat am Sonntag einstimmig beschlossen, mit folgenden Forderungen an die Meister heranzutreten: Wochenlöhne für die verschiedenen Kategorien von 15, 18 und 17 Gulden; tägliche Arbeitszeit 11 Stunden; in Großbetrieben, wenn 4 Stunden in die Nacht fallen, nur 10 Stunden; beides einschließlich einer einständigen Ruhepause. Ein doppelter Arbeitstag soll höchstens 15 Stunden einschließlich 1 1/2 Stunden Pause dauern. Außerdem wird die Einführung einer Lehrlingskala verlangt. — Wenn die Meister — denen eine Frist von 10 Tagen zur Rücküberlegung gestellt ist — kein Entgegenkommen zeigen, soll gestreikt werden.

### Aus Industrie und Handel.

**Roheisenerzeugung.** Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des Deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Mai 1902 auf 710 420 Tonnen; darunter Puddelroheisen und Spiegeleisen 94 622 Tonnen, Bessemer-Roheisen 33 471 Tonnen, Thomas-Roheisen 448 937 Tonnen, Gießereiroheisen 135 390 Tonnen. Die Produktion im April 1902 betrug 672 912 Tonnen, im Mai 1901 676 774 Tonnen. Vom 1. Januar bis 31. Mai 1902 wurden produziert 3 313 703 Tonnen gegen 3 320 783 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

**Anatolische Eisenbahn.** Die heutige Generalversammlung der Gesellschaft, in der 45 716 Aktien, d. h. ungefähr 88 Proz. des gesamten Aktienkapitals, mit 1519 Stimmen vertreten waren, genehmigte den von der Verwaltung vorgelegten Geschäftsbericht für das Jahr 1901 nebst Bilanz und Gewinn- und Verlust-Conto und beschloß nach Dotierung der Reserven die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent auf das eingezahlte Aktienkapital. Weiter wurde die Wahl der im letzten Geschäftsjahre in den Verwaltungsrat kooperierten Mitglieder genehmigt und die Uebertragung der Hofkonzession Gaidar-Pascha an die zu deren Ausführung errichtete besondere Gesellschaft von der Generalversammlung gutgeheißen sowie die Uebernahme der Garantie seitens der Anatolischen Eisenbahngesellschaft für die von der Hofkonzession zunächst in Höhe von 6 528 000 M. auszugebenden 5prozentigen Obligationen bestätigt.

**Außenhandel Großbritanniens in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres.** Im Monat Mai 1902 belief sich der Wert der Einfuhr nach Großbritannien auf 43 853 705 Pfd. Sterl., d. i. 926 948 Pfd. Sterl. oder 2,2 Proz. mehr als im gleichen Monat des vergangenen Jahres. Der Wert der Ausfuhr britischer Erzeugnisse betrug 22 831 974 Pfd. Sterl. und zeigt im Vergleich zum Mai 1901 eine Abnahme um 504 688 Pfd. Sterl. oder 2,1 Proz.

Vom 1. Januar bis Ende Mai betrug die Einfuhr 220 724 360 Pfd. Sterl. gegen 222 135 337 Pfd. Sterl. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, die Ausfuhr 116 155 974 Pfd. Sterl. gegen 114 128 191 Pfd. Sterl.

**Zur Verschmelzung amerikanischer Schiffswerften** erhalten die „Hamburger Nachrichten“ von der Hamburger Schiffbau-Firma Blohm u. Voß eine längere Mitteilung, in der es heißt: „Die jetzt durch die Zeitungen laufende Nachrichten über den amerikanischen Schiffwerften-Trost sind kaum geeignet, die deutsche Schiffbau-Industrie bezüglich einer etwaigen Konkurrenz zu beruhigen, abgesehen davon, daß auch die leistungsfähigsten Werften Nordamerikas als diesem Trost angehörend nicht genannt werden. Bisher sind die Preise für in Amerika fertigestellte Schiffsbauarbeiten noch wesentlich höher als in Deutschland, und zwar sowohl für Bauten für die Handels- wie auch für die Kriegsmarine. . . . Das Gedeihen der deutschen Schiffbau-Industrie hängt lediglich davon ab, ob es der deutschen Meereserei gelingt, der auswärtigen Konkurrenz auf die Dauer erfolgreich zu begegnen; ist dieselbe im Stande, der deutschen Schiffbau-Industrie regelmäßig Aufträge zuzuführen, so wird auch der deutsche Schiffbau, der ja bis vor nicht allzu langer Zeit daran gekrankelt hat, daß die Aufträge unregelmäßig erfolgten, zeitweilig gänzlich ausblieben und dann in zu großer Menge eintrafen, erfolgreich konkurrieren können, um so mehr, als er gelernt hat, sich langsam einzurichten, mit geringem Verdienst sich zu begnügen und preiswürdig zu sein bei Frachtschiffen sowohl als bei besser ausgeführten Passagierdampfern. Natürlich würde sich die deutsche Stahlindustrie darauf einzurichten haben, daß sie, um den Markt für das deutsche Schiffbaumaterial nicht zu verlieren, sich den viel billiger gestellten amerikanischen Preisen anpassen hätte. Nicht zu leugnen ist, daß der amerikanische Arbeiter, wenn er auch höhere Löhne bezöge, sehr leistungsfähig ist bei durchschnittlich achtsündiger Arbeitszeit. Es ist also vor allem darauf zu achten, daß die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands nicht durch eine vorläufige Verkürzung der Arbeitszeiten und Bewilligung zu hoher Löhne beeinträchtigt und dadurch die Gefahr einer amerikanischen Konkurrenz in Wirklichkeit heraufbeschworen wird.“

Das Schreiben der Hamburger Firma, die sich schon recht häufig mit ihren Arbeitern in Differenzen befindet, scheint nur den Zweck zu haben, andre Werften vor irgendwelchen Zugeständnissen an ihre Arbeiter zu warnen. Zwar haben, wie die Firma sich zugestehen muß, die höheren Löhne und die längere Arbeitszeit auf den amerikanischen Werften deren Konkurrenzfähigkeit nicht geschädigt, da die bessere Lebenshaltung die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Werftarbeiter gesteigert hat; aber noch der lucrosen Logik der Herren Blohm u. Voß folgt daraus nicht, daß auch in Deutschland durch Lohnerhöhungen u. d. die Leistungsfähigkeit erhöht werden muß, sondern umgekehrt, daß in Deutschland nicht die Arbeitsbedingungen der amerikanischen Werften eingeführt werden dürfen.

### Der Leipziger Bankprozeß.

Aus der Verhandlung vom Dienstag ist folgendes beachtenswert: Sachverständiger Bankdirektor Herrmann steht auf dem Standpunkt, daß die Bank Ende 1898 die Grenzen des erlaubten Geschäftes überschritten habe. Die Bank, die in die Hände großer Schwindler geraten war, hätte aber wohl noch ihren guten Namen retten können. Die Exner ausgelegt habe, sei freilich der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrats Sachsewörder dagegen gewesen, daß die Bank zum Zwecke der Sanierung ihres Obligos bei der Treuhandgesellschaft mit der Firma S. Gleichröder in Berlin in Verbindung trete. Trotz des Bestehens einer Obligo-Kommission und einer Revisions-Kommission sei nicht mit der nötigen Sorgfalt verfahren worden. Als Zeuge wird dann der Kaufmann Dr. Emil Joseph Kupfner, Lieferant an Wien, befragt. Er war im Jahre 1898 Sekretär des niederösterreichischen Gewerbevereins, wurde Generalsekretär der böhmischen Holzgewerkschaft, kam im November 1898 mit Schmidt zusammen und wurde nach Kassel berufen, um zu organisieren. Er fungierte vom November 1900 bis zum Februar 1901 als Syndikus, um Vorschläge zu der geplanten Fusion sämtlicher Holzgewerkschaften der Treuhandgesellschaft auszuarbeiten. Diese Verschmelzung, sagt Medner, sei eine kommerzielle und administrative

Notwendigkeit gewesen, und es wäre mit ihrer Hilfe ohne den Zusammenbruch der Leipziger Bank vieles zu erhalten gewesen. Schmidt habe viel verschleiert, aber felsenfest vertraut, daß ihm die Sanierung gelingen werde. Zeuge, der der außerordentlichen Generalversammlung vom 7. November 1899 in Kassel beigewohnt hat, erklärt, es sei ein großer Fehler gewesen, hier und anderweitig immer zu sagen, daß man das Bergmannsche Patent noch nicht verwandt habe, während es tatsächlich überall verlagert habe. Schmidt habe als Kaufmann und Mensch einen besonders vertrauensverweckenden Eindruck gemacht, sei aber technisch seiner Aufgabe nicht entsprecht gewesen. Die Ursache, daß die an sich gesunde Idee der Treuhand so ungeheure Summen verlor, wäre die losspielige Verwaltung und umfangreiche technische Umgestaltung u. d. gewesen.

### Prozeß Sanden und Genossen.

#### Zwanzigster Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung erklärt Justizrat Stern: Er müsse einen in die Presse übergegangenen Irrtum im Interesse der jetzigen Firma Anhalt u. Wagner rasch klären. Es sei absolut nicht richtig, daß sich die Firma in Liquidation befinde; er müsse dies hervorheben, damit nicht falsche Vorstellungen über diese jetzt völlig intakte und in Betriebe befindliche Firma im Publikum Platz greifen. Tatsächlich sei der ursprüngliche Plan, zu liquidieren, nicht zur Ausführung gekommen, da die Neue Boden-Aktiengesellschaft widersprach, die Firma ist in andre Hände übergegangen, es ist durch Vergleich mit den Gläubigern alles geregelt, so daß der neue Inhaber der Firma die Geschäfte ohne jede Schuldenlast begonnen hat. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Angeklagter Ed. Schmidt, daß das Vermögen seiner Frau, welches hauptsächlich in Grundstücken bestand, auf 4-5 Millionen zu schätzen war und daß er das jetzige Vermögen der Frau noch auf etwa zwei Millionen schätzt.

Staatsanwalt Veed weist darauf hin, daß der Angeklagte Ed. Schmidt seine gestern erwähnte Einlage von 400 000 M. in die Kommanditgesellschaft nicht in bar geleistet habe, sondern sie durch Bankübertrag in dieser Höhe infertiert worden ist, während auf der anderen Seite der Generalconsul Schmidt noch 240 000 M. persönliche Schulden bei seiner eignen Firma hatte, die also von den 400 000 M. abzuziehen wären. — Buchrevisor Kruse bestätigt dies aus den Büchern.

#### Eine Attacke der Verteidigung.

Im weiteren kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und dem Staatsanwalt, die sich auf die Voruntersuchung beziehen.

Rechtsanwalt Dr. Vollerer fragt an, ob der Staatsanwalt daran festhalten wolle, daß die Schuld der Angeklagten die in der Anklage summarisch aufgeführten Verluste von vielen Millionen entstanden seien. Die Anklage füge sich dabei ohne weiteres auf die Wertreduktionen, welche die Revisionskommission oft ohne irgendwelche ersichtlichen Grund vorgenommen habe. Die Verteidigung könne sich dabei natürlich nicht beruhigen und mühte, wenn diese Verluste gegen die Angeklagten verteuert werden sollten, darauf bestehen, daß in eine sehr umfangreiche Prüfung eines jeden einzelnen Wertobjekts eingetreten werden müßte.

Staatsanwalt Veed hält diesen umfangreichen Beweis nicht für notwendig. Er wolle kein Zeugnis abgeben, daß auch die Revisionskommission nicht unfehlbar sei, es handle sich doch hier um Verluste von über 50 Millionen und er wolle sich gar nicht so sehr auf die Schätzung jeder einzelnen Hypothek und dergl. durch die Revisionskommission stützen, sondern gebe anheim, seinetwegen

#### 10 Millionen von den Verlusten abzuziehen.

Rechtsanwalt Dr. Vollerer: Eine derartige Prozedur würde der Verteidigung nicht genügen. Schon die einfache Entwidlung, welche die Neue Boden-Aktiengesellschaft genommen, zeige, daß die sogenannten bilanzmäßigen Verluste auf ein Minimum zusammenschrumpfen müssen.

Rechtsanwalt Verstein: Man siehe doch vor der anfallenden Thatsache, daß die Hypothekenwerte einfach auf ein Minimum zurückgeführt und die Aktien der Preussischen Hypothekbank mit der Grundschuldbank mit 0 beziffert worden seien. Sobald man dazu komme, daß die Vermögensmasse durchaus nicht so minderwertig war, so werde man auch dazu kommen müssen, daß die Verluste als minimale anzusehen seien. Es komme doch darauf an, festzustellen, wer an den in der Anklage figurierenden großen Verlusten die Schuld trage. Die Verteidigung behaupte, daß die Angeklagten nicht schuld daran seien.

Justizrat Mundel: Die Angeklagten Otto Sanden und Hansale erkennen nicht an, daß sie irgendwie für den Verlust der 50 Millionen oder auch nur eines Teiles von Millionen auch nur die geringste Verantwortung tragen. Sache des Staatsanwalts sei es, die vorgenommenen Entwertung der Vermögensobjekte als richtig und notwendig nachzuweisen. Es ist doch eine höchst merkwürdige Thatsache, daß nach 1 1/2-jähriger Voruntersuchung und fast ebenso langer Haft der Angeklagten wir hier jetzt beispielsweise vor einem Punkte stehen, wo ein Vermögensobjekt von 14 Millionen einfach summarisch auf 1/2 Millionen heruntergeschrieben worden sei. Daß die Angeklagten dies nicht ohne weiteres anerkennen, sei doch selbstverständlich; sie müßten andernfalls

#### geradezu verdröht

sein. Es ist doch wirklich ein eigenartiger Zustand, daß solche Dinge jetzt erst bewiesen werden müssen und daß der Herr Staatsanwalt den Sachverständigen Kommerzienrat Lucas befragt, wie das am besten bewiesen werden kann. Das beweist doch, daß durch die Voruntersuchung nicht Licht, sondern Schatten über die ganze Angelegenheit verbreitet worden ist. Meine Klienten erkennen auch nicht eine Mark Verlust an und behaupten, daß, wenn Verluste entstanden sind, sie auf andre Momente zurückzuführen sind.

Nach längerem Einwendungen der Verteidigung meint Staatsanwalt Veed: Die Schuld über Infschuld der Angeklagten Otto Sanden und Hansale zu entscheiden, ist Sache des Gerichts. Ich protestiere aber gegen die Behauptung, daß die Anklage gegen sie so wenig belastendes Material enthalte, daß sich eine Widerlegung erübrigte.

Rechtsanwalt Verstein: Die Verteidigung muß doch nochmals darauf aufmerksam machen, daß sie sich das Recht der Bücher-einsicht bei der Neuen Boden-Gesellschaft erst erkämpfen mußte.

Justizrat Dr. Sello: Ferner muß sie nochmals betonen, daß ihr durch Gerichtsbeschlüsse das Recht abgesprochen worden war, den Angeklagten in der Voruntersuchung die Aktensätze zu übermitteln. Rechtsanwalt Thurm: Der Untersuchungsrichter hat extra erklärt, daß er der Verteidigung über das Recht der Einsicht der Protokolle hinaus eine Einsicht der Akten nicht zugehe und die Verteidiger haben fortgesetzt zum Staatsanwalt laufen müssen, um sich zu orientieren. Es war ihnen also absolut unmöglich, vorher objektive Sachdarstellungen zu geben.

Die Verhältnisse der Baufirma Anhalt u. Wagner Rasch, werden in der Radmittingung nach den verschiedensten Richtungen hin an der Hand einer umfangreichen von den Verteidigern des Angeklagten Ed. Schmidt überreichten Schrift eingehend erörtert.

#### Ueber den Wert des

#### Scutari-Unternehmens

läßt sich der als Zeuge und Sachverständiger geladene Regierungsdameister Verah. Ray aus. Er ist i. J. im Auftrage der Aktiengesellschaft für Grundbesitz- und Hypotheken-Berichte nach Konstantinopel gereist, um sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse und den Wert des Wasserwerks Scutari zu informieren. Er hat unmittelbar nach seiner Reise im September 1898 der Direktion der Aktiengesellschaft einen umfangreichen Bericht erstattet, dessen Inhalt er auch jetzt noch voll aufrecht erhält. Das Werk war schon jahrelang in der Ausführung begriffen, aber noch nicht zur Eröffnung gelangt und seine Aufgabe sei es gewesen, den Wert des Bauwerks zu prüfen und eine Rentabilitäts-Berechnung anzustellen. Er habe festgestellt können, daß das Werk an und für sich für Scutari von einer erheblichen Bedeutung und die Wasserversorgung in

allen Teilen untadelhaft durchgeführt war. Das Werk war schon vollendet und auch probeweise einmal in Betrieb gesetzt und im Oktober 1898 offiziell eröffnet worden. Die ganze Anlage sei im Projekt vom Ingenieur H. Gruner auf 4,7 Millionen Mark veranschlagt worden, gekostet habe sie 8 Millionen Mark, das ist 1/2 Millionen Mark. Darin befinden sich die Kosten für den Grundbesitz und die Entschädigung der Adjacenten. Er sei bei seinen Rentabilitätsberechnungen von den allerungünstigsten und unsichersten Voraussetzungen ausgegangen und schließlich dahin gekommen, daß innerhalb der ersten dreißig Jahre auf eine Verzinsung von 5-6 Prozent zu rechnen sei.

Justizrat Dr. Sello beantragt, den ganzen Bericht des Zeugen, der noch viele wesentliche Gesichtspunkte enthalte, zur Verlesung zu bringen. Der Staatsanwalt widerspricht aus prozessualen Gründen, der Gerichtshof behält sich die Beschlußfassung vor.

Auf eine Frage des Staatsanwalts Veed erklärt Angeklagter Hansale, daß vor dem Eintritt des Zeugen Frihe in die Firma Anhalt u. Wagner die Aktiengesellschaft mit dieser Firma — abgesehen von einem Grundstücks-Geschäft — in keinem geschäftlichen Verkehr gestanden habe.

Die Verteidiger kommen darauf zurück, daß es nötig sein werde, die 25 Herren der Revisionskommission, welche die kolossale Revision der Werte vorgenommen, als Zeugen zu laden und ihnen aufzugeben, die Unterlagen mitzubringen, auf denen sie zu ihren Schätzungen gekommen.

Diese Zeugen sollen zum Donnerstag geladen werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

### Berichts-Beilage.

In Offizierskreisen bewegte sich eine etwas romantische Geschichte, welche gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I in längerer Sitzung beschäftigte. Unter der Beschuldigung der Untreue befand sich der Hauptmann a. D. jetzige Agent Richard Kirst auf der Anklagebank. — Der frühere Oberleutnant v. L. hatte eine Jugendliebe gehabt. Er traf sie nach Jahren in einer Gesellschaft wieder; sie war die Gattin des Kaufmanns Dr. geworden. Es entwickelte sich zwischen den Jugendliebten ein Verhältnis, welches die Grenzen des Zulässigen überschritt. Der betrogene Ehemann erhielt davon Kenntnis und strengte gegen seine Ehefrau die Scheidungsklage an. Oberleutnant v. L. war entschlossen, die Frau Dr. nach erfolgter Scheidung zu heiraten. Er mußte für die noch minderjährige Frau einen Vormund besorgen. Nach vielem Bemühen fand er einen solchen in der Person des Angeklagten, den er oberflächlich kennen gelernt hatte. Kirst trat mit dem Ehemann Dr. in Unterhandlung, um ein gültiges Auseinandergehen zu erwirken. Dr. erklärte, daß er die Scheidungsklage bereits angestrengt habe und nur die Erlösung der ihm entstandenen Kosten in Höhe von 2050 M. aus dem Vermögen seiner Ehefrau verlange. Kirst war damit einverstanden. Er bot dem Herrn Dr. außerdem noch 2000 Mark, zahlbar drei Monate nach erfolgter Rechtskraft der Scheidung, wenn Dr. davon Abstand nehme, gegen seine Ehefrau oder deren Liebhaber Strafantrag wegen Ehebruchs zu stellen. Dr. gab dies Versprechen ab. Kirst teilte darauf seinem Auftraggeber, dem Herrn v. L. mit, daß Dr. eine Abstands-Summe von 10 000 M. verlange. Dies wurde ihm, dem ehemaligen Offizier geglaubt und da Herr v. L. keine Mittel besaß, nahm er unter Klatschung der Bekannten Verwandte und Freunde in Anspruch. Ein Onkel, ein Generalleutnant opferte über 4000 M., andre Freunde je 2000 M., bis insgesamt 15 900 M. zusammen gekommen waren, welche dem Angeklagten ausgehändigt wurden. Er versprach die Gelder bei einer Bank zu hinterlegen, bis sie Verwendung finden sollten. Im Februar 1901 wurde die Ehe des Herrn Dr. geschieden, seine Frau wurde als der allein schuldige Teil erklärt. Herr v. L. hatte inzwischen seinen Abschied genommen und Stellung bei einer Elektrizitäts-Gesellschaft gefunden. Er hat dann die geschiedene Frau Dr. geheiratet. Dr. hatte nach erfolgter Scheidung keine Ansprüche bei Kirst geltend gemacht, wurde aber stets durch allerlei nützliche Vorwände hingehalten, bis sich schließlich herausstellte, daß er die empfangenen Geldbeträge nicht hinterlegt, sondern nach und nach für sich verbraucht hatte. Gegen Kirst, welcher sich von seinem Auftraggeber Herrn v. L. wie von der damaligen Ehefrau Dr. Generalvollmacht hatte ausstellen lassen, wurde Anklage wegen Untreue erhoben. Er behauptete im Termine, daß der Zeuge Dr. tatsächlich den vierten Teil des Vermögens seiner Ehefrau, das er auf 100 000 M. geschätzt habe, verlangte. Der Zeuge Dr. bestritt dies unter seinem Eide. Ferner behauptete der Angeklagte, daß v. L. ihm die Genehmigung erteilt habe, nach eigenem Ermessen über das Geld zu verfügen, wenn er nur dafür Sorge trage, daß es zu Bedarf zur Stelle sei. In damaliger Zeit habe er ein Geschäft in Aussicht gehabt, welches ihm reichen Gewinn abzuwerfen versprach. Zum Nachlaß des verstorbenen Herrn v. Kanista gehörte ein großes auf Schönberger Gebiet gelegenes Terrain. Er habe erfahren, daß der Eigenhahnsitz des benachbarten, den Postler Engel überredet, es für einen billigen Preis zu erwerben und sich von dem durch den Biederverkauf erzielten Gewinn ein Drittel ausbedungen. Leider sei dies Projekt kurz vor dem Abschluß gescheitert, sonst würde er allen seinen Verpflichtungen haben nachkommen können. Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Dahn, wurde beschlossen, den Postler Engel telephonisch zu laden. Da sich herausstellte, daß der Postler Engel nicht zu haben war, beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung bis Sonnabend, den 28. ds. Mts., mittags 1 Uhr, auszusetzen, den Angeklagten aber wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe und wegen Fluchtverdachts sofort in Untersuchungshaft zu nehmen.

Die zweijährige Dienstzeit. Paris, 24. Juni. (W. T. V.) Senat. Schluß. Kriegsminister General André bemerkt: Die zweijährige Dienstzeit werde ein Markt von 50 000 Mann zur Folge haben; diese Lücke werde unter andern durch die Herabsetzung des Militärmahes und die Festsetzung der Zahl der jährlichen Rekrutierungen auf 25 000 ausgefüllt werden. Das Gesetz werde erst in vier Jahren völlig in Wirksamkeit treten, von keinem Gesichtspunkte aus werde ein Heer mit zweijähriger Dienstzeit minderwertiger sein, als ein solches mit einer dreijährigen. Der Minister schließt mit der Bitte, der Vorlage zuzustimmen. Nachdem sodann Admiral de Cuverville die Vorlage belämpft, wird die Sitzung geschlossen.

London, 25. Juni. (W. T. V.) Für heute Abend ist ein Radikalsrat einberufen. London, den 24. Juni. (W. T. V.) Reuters Bureau" erfährt: Nach Telegrammen aus Washington und New York von gestern ist der Friede in Kolumbien wiederhergestellt. Die Friedensverträge wurden seitens der Regierung vom Kriegsminister Concha, seitens der Aufständischen von Soto y Torres Santos unterzeichnet. Die Regierung hat eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen erlassen.

London, 24. Juni. (W. T. V.) Die Versuche des Luftschiffers Wellin mit seinem lenkbaren Luftschiffe sind, wie berichtet wird, vollständig gelungen. Wellin wird in den nächsten Tagen einen neuen Aufstieg unternehmen und hofft dann sämtliche bisher gemachten Rekorde, einschließlich derjenigen Santos Dummonds, zu schlagen.

Schleswig, 24. Juni. (W. T. V.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Wahl im Wahlbezirk VI Schleswig wurde mit 114 von 212 abgegebenen Stimmen der Landrat v. Alten in Schleswig (I.) gewählt. Der Gegenkandidat, Amtsvorsteher Finjen in Brekling (Frei.) erhielt 98 Stimmen.

Madrid, 24. Juni. (W. T. V.) In Vizeiro (Provinz Orense) schlug der Vizeiro in eine Kirche ein, in welcher eine Leichenfeier stattfand; 25 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Leitbares Luftschiff? London, 24. Juni. (W. T. V.) Die Versuche des Luftschiffers Wellin mit seinem lenkbaren Luftschiffe sind, wie berichtet wird, vollständig gelungen. Wellin wird in den nächsten Tagen einen neuen Aufstieg unternehmen und hofft dann sämtliche bisher gemachten Rekorde, einschließlich derjenigen Santos Dummonds, zu schlagen.

Schleswig, 24. Juni. (W. T. V.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Wahl im Wahlbezirk VI Schleswig wurde mit 114 von 212 abgegebenen Stimmen der Landrat v. Alten in Schleswig (I.) gewählt. Der Gegenkandidat, Amtsvorsteher Finjen in Brekling (Frei.) erhielt 98 Stimmen.

Madrid, 24. Juni. (W. T. V.) In Vizeiro (Provinz Orense) schlug der Vizeiro in eine Kirche ein, in welcher eine Leichenfeier stattfand; 25 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Leitbares Luftschiff? London, 24. Juni. (W. T. V.) Die Versuche des Luftschiffers Wellin mit seinem lenkbaren Luftschiffe sind, wie berichtet wird, vollständig gelungen. Wellin wird in den nächsten Tagen einen neuen Aufstieg unternehmen und hofft dann sämtliche bisher gemachten Rekorde, einschließlich derjenigen Santos Dummonds, zu schlagen.

Schleswig, 24. Juni. (W. T. V.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Wahl im Wahlbezirk VI Schleswig wurde mit 114 von 212 abgegebenen Stimmen der Landrat v. Alten in Schleswig (I.) gewählt. Der Gegenkandidat, Amtsvorsteher Finjen in Brekling (Frei.) erhielt 98 Stimmen.

Madrid, 24. Juni. (W. T. V.) In Vizeiro (Provinz Orense) schlug der Vizeiro in eine Kirche ein, in welcher eine Leichenfeier stattfand; 25 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Leitbares Luftschiff? London, 24. Juni. (W. T. V.) Die Versuche des Luftschiffers Wellin mit seinem lenkbaren Luftschiffe sind, wie berichtet wird, vollständig gelungen. Wellin wird in den nächsten Tagen einen neuen Aufstieg unternehmen und hofft dann sämtliche bisher gemachten Rekorde, einschließlich derjenigen Santos Dummonds, zu schlagen.

Schleswig, 24. Juni. (W. T. V.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Wahl im Wahlbezirk VI Schleswig wurde mit 114 von 212 abgegebenen Stimmen der Landrat v. Alten in Schleswig (I.) gewählt. Der Gegenkandidat, Amtsvorsteher Finjen in Brekling (Frei.) erhielt 98 Stimmen.

Madrid, 24. Juni. (W. T. V.) In Vizeiro (Provinz Orense) schlug der Vizeiro in eine Kirche ein, in welcher eine Leichenfeier stattfand; 25 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Leitbares Luftschiff? London, 24. Juni. (W. T. V.) Die Versuche des Luftschiffers Wellin mit seinem lenkbaren Luftschiffe sind, wie berichtet wird, vollständig gelungen. Wellin wird in den nächsten Tagen einen neuen Aufstieg unternehmen und hofft dann sämtliche bisher gemachten Rekorde, einschließlich derjenigen Santos Dummonds, zu schlagen.

Schleswig, 24. Juni. (W. T. V.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Wahl im Wahlbezirk VI Schleswig wurde mit 114 von 212 abgegebenen Stimmen der Landrat v. Alten in Schleswig (I.) gewählt. Der Gegenkandidat, Amtsvorsteher Finjen in Brekling (Frei.) erhielt 98 Stimmen.

Madrid, 24. Juni. (W. T. V.) In Vizeiro (Provinz Orense) schlug der Vizeiro in eine Kirche ein, in welcher eine Leichenfeier stattfand; 25 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Leitbares Luftschiff? London, 24. Juni. (W. T. V.) Die Versuche des Luftschiffers Wellin mit seinem lenkbaren Luftschiffe sind, wie berichtet wird, vollständig gelungen. Wellin wird in den nächsten Tagen einen neuen Aufstieg unternehmen und hofft dann sämtliche bisher gemachten Rekorde, einschließlich derjenigen Santos Dummonds, zu schlagen.

Schleswig, 24. Juni. (W. T. V.) Amliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Wahl im Wahlbezirk VI Schleswig wurde mit 114 von 212 abgegebenen Stimmen der Landrat v. Alten in Schleswig (I.) gewählt. Der Gegenkandidat, Amtsvorsteher Finjen in Brekling (Frei.) erhielt 98 Stimmen.

Madrid, 24. Juni. (W. T. V.) In Vizeiro (Provinz Orense) schlug der Vizeiro in eine Kirche ein, in welcher eine Leichenfeier stattfand; 25 Personen wurden getötet, 35 schwer verletzt.

Die bayrische Wahlrechtsfrage.

Von A. Sebel.

Die Verhandlungen des bayrischen Parteitag zu Ludwigshafen sind vorüber. Es war vorauszu sehen, daß mein in Nr. 9 der „Neuen Zeit“ veröffentlichter Artikel „Die Wahlreform in Bayern“ Gegenstand heftiger Angriffe werden und die Verhandlungen des Parteitages bis zu einem gewissen Grade beeinflussen würde.

Im Ganzen bin ich von dem Ausgang dieser Verhandlungen sehr befriedigt. Daß unter 86 Delegierten sich 11 finden würden, die bei der Abstimmung über die Resolution Ed. Schmid sich der Abstimmung enthielten, nachdem es ihnen durch die eigentümliche Abstimmungsart des Vorsitzenden unmöglich gemacht worden war, für die Resolution Kollwaggen-Drum zu stimmen, aber dann für die Resolution von Schmid zu stimmen sich nur bereit erklärten, falls dieselbe eine redaktionelle Änderung erhalten haben würde, war mehr, als ich erwartete. Es war auch nicht anzunehmen, daß die Nichtabstimmung Kollwaggen-Drum eine stärkere Zustimmung finden würde, nachdem sowohl Genosse Ehrhart wie in seinem Schlusswort Genosse v. Kollmar sich, wie von ihrem Standpunkte erklärlich, in der entscheidendsten Weise dagegen ausgesprochen hatten und wiederholt Drohungen laut werden ließen, denen kein Parteitagsgegenüber seinen Abgeordneten widerstehen wird.

Auch die Sozialdemokraten sind keine Unmenschen. Vor die Frage gestellt, einen korrekten Beschluß zu fassen, dadurch aber die parlamentarische Vertretung einzubüßen, oder einen weniger korrekten und selbst widerspruchsvollen Beschluß gutzuheißen, um ihre Vertretung zu behalten, wird auch ein sozialdemokratischer Parteitags ein menschliches Mäßen empfinden und den letzteren Weg dem ersteren vorziehen.

Ich habe in dem vorliegenden Falle um so weniger dagegen einzuwenden, als durch die Verhandlungen des bayrischen Parteitages gezeigt wurde, daß auch in Bayern die Parteigenossen nicht gewillt sind, sich von ihren Vertretern als eine zu vernachlässigende Größe behandeln zu lassen und ohne weiteres darüber annehmen zu müssen, was ihre parlamentarische Vertretung über sie zu beschließen für gut erachtet.

Was mich veranlaßt, nochmals in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen, ist einmal der Umstand, daß ich eine Reihe persönlicher Angriffe und Unterstellungen, die teils in der „Münchener Post“, teils von verschiedenen Rednern des Parteitages gegen mich gemacht wurden, entschieden zurückweisen oder richtig stellen muß. Dann um noch einmal an der Hand der im bayrischen Landtag durch unsere Parteigenossen angenommenen Resolution nachzuweisen, wie verhängnisvoll ihre Taktik auch auf die Tätigkeit der Parteigenossen in den verschiedenen Landtagen und speziell auch im Reichstag einwirken muß und daß die Rechtfertigung dieser Taktik eine unhaltbare ist.

Wahrscheinlich wird aber auch der deutsche Parteitags in dieser Angelegenheit noch ein Wort hineinreden wollen, die ihn näher angeht, als die Mehrzahl der bayrischen Genossen anzunehmen scheint. Es ist deshalb geboten, volle Klarheit über die Tragweite jener Beschlüsse zu schaffen.

Zunächst habe ich ein Hühnchen mit der „Münchener Post“ zu pfählen. Dieselbe hat an den Abend meines Artikels von mir aus der „Neuen Zeit“ in ihrer Nummer vom 6. Juni eine Reihe Bemerkungen gedruckt, die sich mehr durch Festigkeit als durch Sachlichkeit auszeichnen. Darin wird von Vorwärts, auf den ich Bezug genommen, von tollen Einfällen und unüberlegten Schmähungen unserer russischen Sozialrevolutionäre gesprochen. Es giebt eine Anzahl Parteigenossen in unsern Reihen, die, wenn sie den Namen Vorwärts oder Rosa Luxemburg hören, in die Stimmung jenes Tieres kommen, das vor einem roten Zapfen in Wut gerät. Aber diese Stimmung rechtfertigt nicht, sich in Kenferungen zu ergöhen, die unter den vorhandenen Umständen einer Demagogie wie ein Ei dem andern gleichen. Auch ein russischer Genosse hat, so lange er Genosse ist, das Recht, ohne daß er mit Hartwasser getauft ist, seine Ansichten über deutsche und sogar bayrische Partei-Angelegenheiten zu äußern, so gut wir uns vorhalten, über ausländische Vorkommnisse unser Urteil zu fällen.

Unwahr ist auch, daß ich auf Grund mangelhafter Information früher schon einmal Vorwürfe gegen die bayrischen Fraktionsgenossen habe zurücknehmen müssen. Ich hatte in Artikeln, die ich im „Vorwärts“ vom 2. und 3. November 1899 unter der Überschrift „Das Centrum und das allgemeine Stimmrecht“ veröffentlichte, getadelt, daß unsere bayrischen Landtagsgenossen in ihrem Antrag nicht das jetzt in Bayern geltende Wahlrechtsalter (21 Jahre) forderten. Diese Thatsache war richtig. Die mir bei Abfassung jener Artikel vorliegenden Berichte in der Presse enthielten aber kein Wort darüber, daß Kollmar erklärt hatte, am bestehenden Wahlrechtsalter werde man festhalten. Diese Thatsache kam erst durch den offiziellen Bericht zu meiner Kenntnis, die mir aber erst nach Veröffentlichung jener Artikel bekannt wurde. Das war das Verbrechen, das ich nach Ansicht der „Münchener Post“ begangen hatte. Wie man aber jenes Versprechen gehalten hat, dafür spricht die von unsern Fraktionsgenossen angenommene Resolution, nach der das Wahlrechtsalter vom 21. Jahre auf das 25. Jahr erhöht werden soll. Offenbar unterließ man in dem Wahlrechtsantrag von 1899 das Wahlrechtsalter von 21 Jahren anzunehmen, damit man um so leichter es preisgeben konnte. Weiter unten mehr hierüber.

Eine Unwahrheit ist ferner die Behauptung der „Münchener Post“, ich hätte in meinem Eifer — es ist mein Temperament, wie sie an einer andern Stelle sagt — übersehen, daß die künftige Wahlkreiseinteilung nach der Volkszählung von 1900 erfolgen solle. Ich habe in meinem Artikel in der „Neuen Zeit“ auf S. 264 die Resolution des bayrischen Wahlrechtsausschusses wörtlich abgedruckt und in der Ziffer 12 derselben wird ausdrücklich ausgesprochen, daß für die künftige Wahlkreiseinteilung das Ergebnis der amtlichen Volkszählung vom 1. Dezember 1900 maßgebend sei.

Es war auch selbstverständlich, daß man bei einem neuen Wahlgesetz nicht eine Volkszählung von Anno Domini unnimmt, und kein Wort in meinem Artikel deutet an, daß ich die Vorchrift in der Resolution übersehen hätte. Es ist nur der blinde Ueberreifer der „Münchener Post“, der mir ein Uebersehen andichtet, das ihr bei Durchsicht meines Artikels passierte.

Mein Temperament anlangend, das der „Münchener Post“ und auch andre bayrische Genossen manchmal Kopfschmerzen zu verursachen scheint, so hoffe ich, daß mir daselbe bis zu meinem Lebensende erhalten bleibt und ich dadurch in der Stimmung bleibe, noch manche notwendige Kopfwäsche vornehmen zu können. Ich hätte gewünscht, daß wenigstens einer unter den anberaumten 11 in bayrischen Parlament ein bißchen von diesem Temperament befähe. Der Fehler mit der Abstimmung über die Resolution wäre möglicherweise nicht gemacht worden, auf keinen Fall aber hätte sie ein stimmige Zustimmung gefunden.

Ein mich verhöhnender Vorwurf der „Münchener Post“ ist es, wenn dieselbe mich einen Prinzipienwächter nennt und der Genosse Müller in seinem Referat in Ludwigshafen diesen Vorwurf wiederholt.

Erklärung, sondern als eine Ehre, insbesondere dann, wenn derjenige, der sie gebraucht, um einige Jahrzehnte in der Partei- und parlamentarischen Dienstzeit hinter mir zurücksteht und die Sporen sich erst verdienen muß, die ich mir schon verdiente, als er noch die Schulbank drückte.

Ein andrer Vorwurf, den die „Münchener Post“ und auch die Genossen Müller und Segly gegen mich und andre erhoben, ist die angebliche Unkenntnis bayrischer Verhältnisse. Hört man solche Bemerkungen, so sollte man glauben, Bayern sei ein kleines China, und man müsse auf einen Stammbaum von so und so viel Generationen bayerischer Abstammung zurückblicken können, um zu wissen, was in Bayern besteht und geschieht. Insbesondere war es der Genosse Müller, der sich in Ludwigshafen als Uebayer ausstellte, wahrscheinlich, um in Vergessenheit zu bringen, daß seine Wiege nicht in Isar-Alpen oder in den oberbayrischen Alpen, sondern jenseits der blauweißen Grenzpfähle stand, und daß noch nicht viele Sommer verfloßen sind, seitdem er die Ehre genießt, Mitglied der bayrischen Nation zu sein. Es sind wirklich sonderbare Ränge diese partikularen bayrischen Internationalen.

Dem Genossen Segly aber, der glaubte, einen Witz machen zu müssen — das sollte seine Bemerkung, man möge Vorwärts und mir zu unfruchtbarer Information ein bayrisches Wahlgesetz überreichen, doch wohl sein — möchte ich bemerken, daß meine Studien des bayrischen Wahlgesetzes zusammenfallen mit dem Zeitpunkt, in dem der erste Versuch machte, in den bayrischen Landtag zu gelangen. Ich schrieb damals (1893) meine Broschüre über die in Deutschland bestehenden Landtagswahlrechte, die er vielleicht dem Titel, wenn nicht dem Inhalt nach kennt, und worin ich auch einiges über das bayrische Wahlrecht zu sagen mir erlaubte. Vielleicht erinnert sich auch der Genosse Segly wie der Genosse Ehrhart daran, daß ich 1899 auf dem Parteitags in Hannover die bayrischen Genossen wegen ihres Kuhhandels bei den Landtagswahlen in Stuttgart nahm, indem ich auf Grund meiner Kenntnis des bayrischen Wahlgesetzes ausfuhrte, daß solche an und für sich fatale Kompromisse sich in Bayern nicht umgehen ließen, wolle eingermäßen die Partei zu ihrem Rechte kommen.

Es ist auch nichts als ein wenig ehrenwertes Fechterkunststückchen, daß man vor dem richtenden Parteitags behauptet: wir, die Gegner der Fraktionsabstimmung, verteidigten das bestehende Wahlrecht. Ich wundere mich, daß keiner der Oppositionsredner diese absurde Behauptung gebührend zurückwies.

Was ich und andre bekämpft haben und ich den wider mich angeführten Scheingründen zum Trost heute noch bekämpfe ist, daß die Fraktion einer Resolution zustimmte, durch die vorhandene Rechte preisgegeben und in Bezug auf die Wahlkreiseinteilung ein neues Recht zu schaffen befürwortet wurde, das sich als bitteres Unrecht gegen die Städte und speziell gegen das Proletariat, dessen Interessen die Fraktion zu vertreten hatte, erweist.

Man hat verschiedentlich in Ludwigshafen, um die Abstimmung der Fraktion zu rechtfertigen, sich auf die Verhandlungen im Wahlausschuß berufen, die einen Charakter angenommen hätten, daß die Gefahr bestand, es läme überhaupt nichts zu stande, und daß in dieser Lage die sozialdemokratische Fraktion das gefährdetste Kapitel habe retten müssen. Die Prüfung der Parteilisten jener Verhandlungen im bayrischen Wahlrechts-Ausschuß ist unmöglich, weil sich seine Verhandlungen der öffentlichen Kontrolle entzogen haben. Fest steht dagegen und kann jederzeit nachgeprüft werden, daß die Verhandlungen über den Antrag Segly und Genossen im Landtag in den Tagen vom 25. bis 30. Oktober für die sozialdemokratische Fraktion einen vorzüglichen Verlauf nahmen und ihr Wollen in die Hände lieferte, die geschickt und rücksichtslos, namentlich auch in der Presse und in Versammlungen angewandt, wie moralische Damschrauben bei dem Centrum und den Liberalen wirkten.

Einige Citate aus den Reden der gegnerischen Parteiredner mögen dieses zeigen. So erklärte der Führer des Centrums, der Abg. Schäbler, mit Hinweis auf die Ausführungen des Genossen Segly: Ich knüpfe daran den Wunsch und den Gedanken, daß es wohl das letzte Mal gewesen ist, daß wir unter diesem alten Wahlgesetz gewählt haben (Bravo! bei den Sozialdemokraten), schon in Rücksicht auf den Punkt, den er (Segly) angeschnitten hat... in Rücksicht auf den berühmten „Kuhhandel“.

Schäbler spricht sich unter Bezugnahme auf eine frühere Äußerung seines Fraktionsgenossen Dr. Daller für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aus. Ferner für wirksame Schutzmittel zur Wahrung des Wahlgeheimnisses und für Wegfall des Versäufelungsverfahrens, der aber befamlich dennoch durch die auch von unsern bayrischen Landtags-Genossen angenommene Resolution schließlich aufrecht erhalten wird. In Bezug auf das Wahlrechtsalter könne er nicht so weit wie Segly gehen.

Wenn immer das Reichstags-Wahlrecht im gewissen Sinne als Muster hingestellt wird, dann glaube ich, kann man auch auf die Altersgrenze des Reichstags-Wahlrechts gehen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ja, hört! hört! so arg ist es doch nicht, denn wir haben auch in diesem Hause gehört, daß man herzlich froh wäre, wenn man nur das Reichstags-Wahlrecht einmal hätte.

Ueber die Frage, ob das Wahlrecht von der Zahlung einer direkten Steuer abhängig gemacht werden solle, lasse er in Rücksicht auf die bezahlten indirekten Steuern mit sich reden. Befamlich ist auch die direkte Steuerzahlung in der Resolution mit Zustimmung unser Landtags-Genossen beibehalten worden und die Dauer der Steuerzahlung, bevor die Wahlberechtigung eintritt, von 6 Monaten auf ein Jahr verlängert worden.

Dagegen sprach sich Schäbler zwar für gesetzliche Feststellung der Wahlkreise aus, gab aber zu erwägen, ob nicht auf die Seelenzahl der Wahlkreise ein Unterschied zwischen Stadt und Land zu machen sei, andererseits für (das Centrum) die Erhöhung der Seelenzahl eines Wahlkreises von 21 500 auf 35 000 für angemessen erachteten.

Der Vertreter der Liberalen, der Abg. Joseph Wegner erklärte, dem Antrag Segly günstig gegenüber zu stehen, daß er das Frauenstimmrecht aus seinem Antrag gelassen habe, freue ihn. Ich möchte aber doch den Gedanken anregen, ob es nicht gut wäre, die Wahlberechtigung erst mit dem 22. Lebensjahr beginnen zu lassen, damit diejenigen, die den Tribut der allgemeinen Dienstpflicht dem Vaterlande nicht zahlen, nicht besser gestellt sind als diejenigen, welche die allgemeine Wehrpflicht zu erfüllen gezwungen sind. Im übrigen möchte ich an eine Heraushebung der Altersgrenze nicht denken.

Was Segly hinsichtlich der Besteuerung gesagt, habe seine vollständige Zustimmung. Hier spricht sich also der Wortführer der Liberalen wie der Wortführer des Centrums gegen jeden Genus aus. Auch dem gleichen Wahlrecht stimme er als gerechtfertigte Forderung zu, erklärt sich aber entschieden gegen eine Bevorzugung des Landes gegenüber den Städten in Bezug auf die Seelenzahl der Wahlkreise. Ferner spricht er sich für die Proportionalwahl aus. Er schließt: „er stimme dem Antrag der Sozialdemokraten zu, man solle sich an das Werk machen, um ein gesundes und vernünftiges Wahlgesetz zu schaffen.“

Auch der Abg. Kaab von der rechten Seite des Hauses ist eventuell geneigt, auf den Proporz einzugehen.

Abg. Aug. Mitglied des Bundes der Landwirte sagte: er stehe mit seinen Freunden auf dem Boden des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts. Ueber das Wahlrechtsalter streite er nicht, doch scheine ihm das 25. das zweckmäßigste zu sein. Auch

er ist mit dem Proporz einverstanden, dagegen spricht er sich für mehrjährige bayrische Staatsangehörigkeit und gegen gleiche Wahlkreise in Stadt und Land aus.

Dr. Heim (Centrum) erklärt sein Einverständnis mit den allgemeinen Grundzügen des Antrages Segly, er stehe vollständig auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Die Abg. Aub und Dr. Casselmann (beide Liberal) schließen sich ihrem Fraktionsgenossen Wegner an. Dr. Casselmann erklärte ausdrücklich, dem Antrag Segly zuzustimmen. Dr. Wäch (Bauernbündler) spricht sich gleich Aug aus, auch er wünscht einen Unterschied in der Seelenzahl der städtischen und ländlichen Wahlkreise.

Vierte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

München, 23. Juni 1902.

Die Tagung der deutschen Buchdrucker hat heute hier im Saale von Trefflers Hotel begonnen.

Zunächst wurde heute vormittag die vierte Generalversammlung der Central-Invalidentasse in Liquidation“ abgehalten. Der Rechenschaftsbericht für die Jahre 1899, 1900 und 1901 wurde genehmigt.

Die Generalversammlung beschloß, den Sitz der Kasse von Stuttgart nach Berlin zu verlegen. Die drei amtierenden Personen der Verbandsleitung wurden auch mit der Leitung der Invalidentasse betraut.

Nachmittags begann die vierte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Döblin begrüßt die Delegierten und eröffnet die Verhandlungen mit dem Wunsche, daß dieselben ein Bild der Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Buchdruckerbewegung in Deutschland bieten mögen.

Von Leipzig-München und Halle-München wird die Generalversammlung namens des Münchener Lokallimites des Bundes Bayern begrüßt.

Als Gäste sind anwesend: Für das internationale Buchdruckersekretariat der Sekretär P. Slatuner, Fern und für den Verband der Buchdrucker und Schriftsetzer Oestreichs der Verbandsobmann Franz Keilmüller und der Verbandssekretär Dworaczek-Wien.

Die bayrischen Landtags-Abgeordneten Ehrhart-Ludwigshafen und Schmitt-München wohnen ebenfalls den Verhandlungen bei und werden von Döblin herzlich willkommen geheißen. Reimüller-Wien begrüßt die Generalversammlung namens der österreichischen Buchdrucker-Organisation.

Döblin gedenkt in warmen Worten des verstorbenen Alois Kiefer. Die Versammelten erheben sich zu Ehren des verstorbenen hervorragenden Kollegen von ihren Sitzen. Die Generalversammlung tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Döblin verweist auf den kurzen gedruckten Rechenschaftsbericht. Er gedenkt der neuen Tarifvereinbarung, besonders der nun in Aussicht genommenen Regelung des Lehrlingswesens, und erwähnt auch beiläufig, daß manche Begleiterscheinungen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern hervorgerufen haben: So das Telegramm an den so gefürchteten Grafen v. Posadowsky, dessen Vertreter auf dem Gewerkschaftskongreß in Stuttgart sehr herzlich begrüßt worden sei. In der Frage der Regelung des Lehrlingswesens sei die Hilfe der Gewerkschaft notwendig, und nur aus dem Grunde habe man das Telegramm an Posadowsky mit unterzeichnet. Die Generalkommission habe ein Einladungs schreiben an Posadowsky gerichtet. Sie war so vorsichtig zu schreiben. Danach scheint mir das Telegramm als reaktionär zu gelten. (Heiterkeit.) Es sei ja natürlich, daß aber gewisse tatsächliche Fragen Meinungsverschiedenheiten entstehen können, im ganzen aber hoffe er, daß die Verbandsleitung im Einverständnis mit den Mitgliedschaften den Verband geleitet hat. Redner streift die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen, wo den Tarif einzuführen noch nicht möglich war.

In der Diskussion will

Feuerstein-Stuttgart auf die Telegramm-Affäre eingehen. Döblin bittet, die Angelegenheit erst bei der Tariffrage zu erörtern, da der Verbandsvorstand eigentlich mit dem Telegramm nichts zu thun habe, das ja von den Gehilfenvertretern abgehandelt worden ist. Der Redner bemängelt im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die Thatsache, daß in der von Vorstande herausgegebenen Verbands-Geschichte anlässlich des 500jährigen Geburtstages Gutenberg an einer Stelle die Sozialdemokratie in einer Weise behandelt werde, die zahlreiche Mitglieder des Verbandes verlegen müsse. Er bemängelt weiter, daß der 1891er Streik in dieser Broschüre sozusagen der sozialdemokratischen Partei in die Schuhe geschoben werde. In der Broschüre werde mancher Urteile der bürgerlichen Presse gedacht, aber verschwiegen, daß nur die sozialdemokratische Presse die streikenden Buchdrucker rücksichtslos unterdrückt habe.

Döblin erwidert dem Vordredner, er wolle die Verantwortung für die Broschüre nicht abwählen, aber für jedes Wort könne er nicht verantwortlich sein, dafür siehe Rephäusers Rome als Verfasser auf dem Buche. Die Behauptung in der Broschüre, daß die sozialdemokratische Partei gegen das Gewerkschaftsbeiträge sei, das darunter die Parteilasse leide, sei doch richtig. Auf dem Gewerkschaftskongreß in Halberstadt habe der Abg. Wegner sich in diesem Sinne ausgesprochen und ausdrücklich erklärt, so wie er, denke die ganze Fraktion. Den Streik von 1891 schiebe die Broschüre nicht der Sozialdemokratie in die Schuhe, sie konstatiere nur, daß der Streik infolge der bei den Wahlen von der Partei eintretenden Begeisterung entstanden sei; das sei kein Vorwurf für die Partei. Er sei gewiß nicht mit jedem Worte in der Broschüre einverstanden, aber er habe nicht den Verus in sich gefühlt, den Vorwurf zu spielen.

Wenn er in gleicher Weise wie Feuerstein verfahren wollte, könnte er an Feuersteins Artikel in der „Neuen Zeit“ gegen die Tarifgemeinschaft kritisieren, der die gewerkschaftlichen Interessen nicht genügend berücksichtigt habe. Feuerstein habe nicht eine gute Seite an dem Tarif finden können, sondern nur das, was gegen den Tarif spricht, ausgeführt. Er verkenne nicht, daß bei den politisch thätigen Personen eine gewisse Einseitigkeit nach der einen Richtung, wie bei den gewerkschaftlich thätigen Personen nach der andern Richtung eintreten muß. Er leugne gar nicht, daß er gewerkschaftlich einseitig sei. Das schade aber doch gar nichts, denn das gleiche schied eben glücklicherweise aus. Ganz falsch sei die Meinung, als sei der Verband gegen die Partei. Er habe schon auf dem Gewerkschaftskongreß erklärt, er habe gar kein Verlangen an den Angriffen auf die Partei und wolle gern in Frieden leben, wenn es dem Nachbar nur gefalle.

Rephäuser-Leipzig: Ich will nur kurz auf die Anklagen Feuersteins eingehen, die ganze Stellung der Buchdrucker zur Partei wird ja noch einmal bei der Haltung des „Correspondent“ aufgerollt werden. Die Broschüre sei keine Gelegenheitsarbeit, auch kein Flugblatt, sondern sei ein Mittel zur Erzielung der Mitgliedschaft für die gewerkschaftliche Arbeit. Den Stellen, die Feuerstein vorzulesen habe, könne er Stellen gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen den Staat, gegen die Unternehmer vorführen, die diese Stellen paralytisierten. Er habe eine objektive Darstellung gegeben und es gehöre eine große Voreingenommenheit dazu, solche Angriffe zu erheben, wie Feuerstein es gethan. Er habe die Partei sehr milde behandelt, seine Darstellung sei abhängig von dem Gesamtverhalten der Partei gegen die Buchdruckerbewegung. Er habe es für seine Aufgabe gehalten, endlich eine reinliche Scheidung in dem Sinne herbeizuführen, daß es klar werde, daß die Buchdrucker sich nicht bedingungslos von der Partei beschützen lassen. Er habe dabei nur die Interessen der Gewerkschaft im Auge gehabt. Man solle doch seine Persönlichkeit nicht so in den Vordergrund

Wollen. Wer das thue, verwechsle die Wirkung mit der Ursache. Man solle nicht glauben, er sei auf den Posten gestellt, beharre auf ihm und nütze ihn aus, nur um seiner persönlichen Animosität gegen die Socialdemokratie die Fägel schieben zu lassen. Es sei deprimierend für ihn, daß die Generalversammlung damit begünne, die „unschuldige“ Partei in Schutz zu nehmen. Weit eher hätte man damit beginnen sollen, wie den Buchdrückern, die ihre Pflicht innerhalb der modernen Arbeiterbewegung stets erfüllt haben, von der Partei mitgespielt worden sei. (Beifall.) Statt dessen benutze Kollege Feuerstein die erste Gelegenheit, um seine Visitenkarte bei Herrn Jgnaz Auer abzugeben. (Wiederholter Beifall.)

Dominó Frankfurt erklärt, die Broschüre habe nur das Wohl des Verbandes im Auge gehabt. Eine Partei wie die Socialdemokratie werde wohl noch eine so objektive Kritik entgegen kommen. In der Parteipresse seien diese ehemaligen Buchdrucker als Redacteure thätig und diese trügen einen Hauptteil der Schuld an den Meinereien zwischen Partei und Buchdrückern. Diese Redacteure entwickelten sich meist aus konserbativen Verbandsfunktionären zu radikalen Politikern und griffen, um sich bei der Abgrenzung Arbeiterklasse liebend zu machen, den Verband an. So sei es z. B. mit Scheidemann gewesen. (Der stellvertretende Vorsitzende Arie Stuttgart erwidert dem Redner, keine Personen in die Debatte zu ziehen.) Man müsse überlegen, wie man sich gegebenenfalls solcher Kollegen entledigen könne. (Widerpruch bei einer Anzahl Delegierter.)

Man einigt sich, diese Diskussion jetzt abzubrechen und erst beim Punkt „Correspondenz“ wieder aufzunehmen.

In der weiteren Diskussion werden interne Verbandsangelegenheiten erörtert, die für die weitere Öffentlichkeit kein Interesse haben.

Von den Vertretern des Bundes Rheinland-Westfalen wird die Verbandsleitung angegriffen. Man macht ihr zum Vorwurf, daß sie nicht die notwendige Unterstützung dem Gau hat zu Teil werden lassen.

Döblin weist die Vorwürfe der Rheinländer und Westfalen auf die Verbandsleitung scharf zurück. Es scheine System in dieser Unternehmung zu liegen, was aber von den „Angreifern“ bestritten wird.

Die Hamburger Delegierten beschwerten sich, daß die Hypothek für das Chemnitzer Gewerkschaftshaus gegeben, für die Hamburger Genossenschaftsbank aber abgelehnt worden seien. Der Hauptkassierer legt die Gründe für die Ablehnung dar und polemisierte gegen den „Gründungsgründel“ unter den Arbeitern, der allmählich zu groß werde und ordentlich anwackere.

Döblin verweist darauf, daß die reaktionären Buchdrucker in Chemnitz mit starken Geldmitteln Solidarität geübt haben, indem sie das Gewerkschaftshaus dort mit bauen halfen, um auch der politischen Partei die Möglichkeit zu Versammlungen zu geben. Derselbe äußert in seinem Schlusswort seine Besorgnis darüber, daß so wenig Romita gegen den Reichsverband vorgebracht worden sind. Die Mitglieder aus Rheinland-Westfalen ersucht Redner um größeres Vertrauen zur Verbandsleitung.

Wie aus dem nun folgenden Bericht der Mandatsprüfungskommission hervorgeht, sind 104 Delegierte anwesend, deren Mandate sämtlich gültig sind.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Reichstags-Abgeordneter Ledebour** spricht Donnerstagabend 8 1/2 Uhr bei Gröpler, Bergstr. 147 in Rixdorf, über die preussische Polenpolitik.

**Grünau.** Zu der am Freitag, den 27. d. M., stattfindenden Wahl eines Gemeindevorstehers der dritten Abteilung empfehlen wir den socialdemokratischen Wählern folgende Wahlenthaltung zu üben. Es liegt für sie keine Veranlassung vor, irgend einen der bürgerlichen Kandidaten aus der Passche zu helfen. Man wolle rege für Wahlenthaltung agitieren. Das Wahlmittee.

## lokales.

### Es hilft alles nichts!

Die von uns schon kurz besprochene Statistik der Gemeindefschul-Frequenz, die der Magistrat für das laufende Sommerhalbjahr zusammengestellt hat, ist jetzt den Stadtverordneten zugegangen. Die „guten Fortschritte“, die die Gemeindefschulen hinsichtlich ihrer Frequenzverhältnisse in der letzten Zeit gemacht haben sollen, können nun einer noch genaueren Betrachtung unterzogen werden.

Bisher wurden diesen halbjährlichen Zusammenstellungen immer die Frequenzen vom 1. Mai bezw. vom 1. November zu Grunde gelegt. Seit diesem Jahre wird, wie wir bereits mitteilten, der 15. Mai bezw. der 15. November als der geeignetste Termin angesehen. Am 1. Mai und am 1. November sind die Einschulungen, die in den Gemeindefschulen zu Beginn jedes Semesters wegen der Ueberfüllung zahlreicher Klassen in großem Umfange nötig werden, vielfach noch nicht beendet. Daraus sei es — so wurde vor einiger Zeit vom Stadtschulrat Gerstenberg in der Stadtverordneten-Versammlung behauptet — zu erklären, daß die bisherigen Frequenzstatistiken regelmäßig noch Klassen ausgewiesen haben, die mit mehr Kindern besetzt waren, als nach den bestehenden Vorschriften darin sitzen durften.

Die Hoffnung des Stadtschulrats, daß die Frequenz vom 15. Mai ein günstigeres Bild bieten werde, ist elend zu Schanden geworden. Unterm 18. April hatte die Schuldeputation den Direktoren geschrieben: „Um noch zur Zeit bestehende Ueberfüllungen von Klassen beseitigen zu können, wollen wir die Frist bis zur Aufstellung der endgültigen Frequenzübersichten verlängern. ... Wir ersuchen die Herren Direktoren dringend, im Einverständnis mit den Herren Schulinspektoren und Schulinspektoren alle Ueberfüllungen der Fassungsstärke so weit als möglich bis zu den genannten Terminen zu regeln.“ Indes — es hilft alles nichts! Nach wie vor begegnet man auch in dieser neuesten Frequenzstatistik wieder einer großen Zahl von Klassen, in denen selbst die von der Schuldeputation festgesetzten, doch wahrlich nicht zu knapp bemessenen Höchstbesetzungsziffern noch überschritten sind. Beispielsweise finden sich fünfte Klassen mit einer Frequenz bis zu 68, obwohl die Schuldeputation hier 60 als Höchstzahl festgesetzt hat, vierte Klassen mit einer Frequenz bis 60, obwohl sie nach den Bestimmungen nicht mehr als 55 haben dürfen, und so weiter.

Um den Eindruck dieser beschämenden Thatsache abzuschwächen, ist der Statistik diesmal die Bemerkung vorausgeschickt worden: „Die wirkliche Fassungsstärke der Klassen, welche nach der Größe der Räume seitens der Baudeputation festgesetzt wird, und welcher in der Regel die Anzahl der in den Klassen befindlichen Sitzplätze entspricht, ist aber in den meisten Fällen höher als die Höchstbesetzungsziffer. Wenn daher in einzelnen Klassen diese Höchstbesetzungsziffer um ein Geringes überschritten wird, so ist doch für die überzähligen Kinder in jedem Jahre Raum und Sitzgelegenheit vorhanden.“ Die Eltern der „überschüssigen“ Kinder werden hieraus entnehmen, daß, wenn auch der Unterrichtserfolg in den übermäßig besetzten Klassen beeinträchtigt wird, die Kinder doch wenigstens immer noch bequem sitzen können. Das klingt ja sehr beruhigend, aber leider ist selbst das nicht wahr. Die Statistik zeigt nämlich, daß in nicht wenigen Klassen selbst die „wirkliche“ Fassungsstärke noch überschritten wird. Wie es Klassenzimmer giebt, deren Fassungsstärke über

die Höchstbesetzungsziffer hinausgeht, so finden sich andererseits auch Zimmer, bei denen die Fassungsstärke hinter der Höchstbesetzungsziffer der betreffenden Klassenstufe zurückbleibt. (Das gilt namentlich von den in Mietshäusern untergebrachten Schulen, deren Zimmer manchmal ganz erbärmlich klein sind.) In solche Klassenzimmer wird, wenn's sein muß, hineingestopft, was nur irgend hineinstopfen ist. Da ist zum Beispiel eine 7. Klasse, die so klein ist, daß sie nur 56 Kinder fassen kann. Sie ist trotzdem mit 58 besetzt. Eine andre faßt 64, ist aber mit 69, der Höchstbesetzungsziffer dieser Stufe, besetzt. Eine 6. Klasse mit 45 Plätzen hat 49 Schüler, eine andre mit 52 Plätzen hat 55, eine andre mit 57 Plätzen hat gar 65. Eine 5. Klasse hat 51 Plätze, ist aber mit 57 Kindern besetzt, eine andre könnte normalerweise nur 30 Kinder aufnehmen (solche Klassen giebt es vielfach in untern Mietschulen!), muß aber 33 beherbergen. „Genügend Raum und Sitzgelegenheit“ ist trotzdem „in jedem Falle“ vorhanden. Es wird nämlich zusammengepackt.

Die städtische Schulverwaltung wird nicht umhin können, einzugehen, daß die neueste Frequenzstatistik in diesem Punkte kein günstigeres Bild liefert als die früheren. Mit dem bloßen Hinausdrücken des Termins ist's eben doch nicht gethan, Herr Stadtschulrat. Und wenn der Termin noch viel weiter hinausgerückt wird — es hilft alles nichts! Mit solchen Mitteln läßt sich keine Ueberfüllung beseitigen — nicht einmal auf dem Papier, wie die neueste Statistik beweist. Mehr Schulen bauen — sonst kann's nicht anders werden!

**Der elektrische Ferndrucker.** Eine vollständige Umwälzung auf dem Gebiete der Nachrichten-Uebermittlung steht in Berlin bevor. Die Gesellschaft m. b. H. „Elektrischer Ferndrucker“ hat mit dem Reichs-Postamt einen Vertrag abgeschlossen, durch den der Gesellschaft das Recht gewährt wird, in Berlin und den mit Berlin im Nachbarort-Verkehr stehenden Vororten eine Anlage zur Nachrichten-Uebermittlung mittels Siemens'scher Ferndrucker-Apparate einzurichten. Das Reichs-Postamt will für diese Anlage die betreffenden Fernsprech-Verbindungen mietheweise zur Verfügung stellen. Es hat sich die Wahrnehmung des Dienstes in den Centralstationen und die Kontrolle des gesamten Verkehrs vorbehalten. Der Magistrat hat seine Zustimmung gegeben, die öffentlichen Straßen zu der Anlage gegen eine Auerkennungsgebühr von 800 M. jährlich benutzen zu dürfen. Für die Inbetriebnahme eines jeden Apparates, der über die Zahl 100 hinaus aufgestellt wird, ist eine Abgabe von 5 Mark an die Stadt zu entrichten. Die Telegraphenverwaltung ist zwar nach dem Telegraphenwegegesetz befreit, die Straße für ihre zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen- und Fernsprechleitungen zu benutzen, nicht aber, diese Linien mietheweise einem Privatunternehmer zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschaft mußte deshalb die Genehmigung der Gemeindebehörden beibringen. Sie rechnet zunächst auf eine beschränkte Teilnehmerzahl, Zeitungen, Korrespondenzbüros, Postinstitute, Hotels u. dgl. Die Leitung besonderer Kabel ist nicht nötig. Da die Uebermittlung von Nachrichten mittels „Ferndrucker“ nicht nur bedeutend zuverlässiger als bei den üblichen Fernsprechern, sondern auch viel schneller geschieht soll, so wird der „Ferndrucker“ sich am Ende schnell Eingang verschaffen. Während bei den jetzigen Fernsprechapparaten nur ein Gespräch geführt werden kann, wird man mit dem „Ferndrucker“ gleichzeitig 100 Teilnehmer, oder so viel man eben wünscht, bedienen, wobei deren Anwesenheit nicht einmal erforderlich ist. Der Apparat druckt vollständig automatisch. Er wird sich also zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für Gerichtspräsidenten, Zeitungen usw. gestalten.

**Die Stimmung in der Milchcentrale.** Zum Milchkrieg bringt die „Voss. Zig.“ einige ganz interessante Mitteilungen. Das liberale Blatt geht zunächst auf das Flugblatt ein, dessen wir am Sonnabend gedachten und von dem Herr Ring-Düffel als Leiter der Milchcentrale sagte, daß es als hinterlistiger Versuch von den Gegnern der Centrale herrühre. Am behauptet die „Voss. Zig.“ genau zu wissen, daß es Mitglieder der Milchcentrale sind, die das Flugblatt verfaßt und vertrieben haben. Das Blatt erinnert an das Schicksal der Münchener Milchcentrale: „In München sind im Februar die letzten Mitglieder der dortigen Centrale durch den Gerichts-Vollzieher verhaftet worden, und heute noch arbeiten die bayerischen Gerichte, die Klagen der Liquidatoren gegen die bedauernswerten Genossen zu erledigen. Das aber an der Harz Ereignis wurde, warum sollte das an der Spree nicht möglich sein? Den vorsichtigen Genossen kann es nicht genügen, daß Herr Ring die Fägel der Centrale hat, und darum wollen sie Klarheit und mit ihr Wahrheit darüber haben, wie es um die Finanzen und die Zukunft der Centrale steht. Es sind nicht bloß die angestrichelten Genossen, die mit einem gewissen Bangen dem weiteren Verlauf der Dinge entgegensehen. In dem „Landboten“ ist es kürzlich kurzlich noch ein Landwirt, es sei zwar nicht angeschlossen, daß die Centrale liegen könne, es dürfe aber nicht außer Achtung gelassen werden, daß die Verhältnisse sich verschärfen würden, und weise sei es deswegen vielleicht, beizugehen an den Frieden zu denken. Nun ist der „Landbote“ das amtliche Organ der Centrale und somit darf angenommen werden, daß es seine Spalten einzig strammem Agrariern öffnet. Wenn aber selbst ein näherer Bekanntheitsgenosse des Herrn Ring glaubt, die Centrale war zu verlassen, so ist es durchaus verständlich, daß Bauern und geldstücker Ortsbesitzer sich sträuben, noch weiter im Dunkeln zu marschieren, zumal das Gerücht um ihre Ohren schwirrt, es sei bereits eine Million geliehenen Geldes verbraucht worden. Es ist nicht dieses Gerücht allein, das in verschiedenen bürgerlichen Kreisen eine schwere Beunruhigung geweckt hat. Schon lange läuft auf dem Lande die Rede um, es gebe Genossen in der Centrale, denen vom Vorstande die statutenmäßigen Abgaben ganz oder teilweise erlassen worden seien. Und diese Erzählungen sind anscheinend kein leeres Gerücht. In verschiedenen Prozessen zwischen Mitgliedern der Centrale und Milchhändlern sind Schriftstücke vorgelegt worden, in denen die Centrale erklärt, dieser oder jener Genosse sei berechtigt, Milch zu verkaufen, ohne daß eine Abgabe an die Centrale dafür zu entrichten ist, und daß „der Inhalt dieses Vertrages durch die Beschlüsse der General-Versammlung der Milchcentrale nicht geändert werden kann“. Kann man es den Genossenschaftlern verdenken, wenn sie am Donnerstag anfragen, ob es wahr sei, daß der Vorstand mit zweierlei Maß messe?

Wenn diese Mitteilungen richtig sind, dann ist es voll und ganz erklärlich, daß Herr Ring ungemein nervös geworden ist und über das sachlich abgefaßte Flugblatt in Scheltworten wie „erbärmliche Feigheit“, „höswillige Unwahrhaftigkeit“, „Uebel und Enttäuschung“ usw. zerkert. Beachtenswert ist noch, daß nach einer Einwendung, die Herr Ring dem „Zeit. Kreisbl.“ zugehen ließ, nicht fünf sondern 51 Genossenschaftler das Flugblatt unterzeichnet haben.

**Die Stadtverordneten-Versammlung** hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Verhinderung über die Vorlage, betr. die Annahme einer Schenkung — desgleichen über die Vorlage, betreffend den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Allien-Gesellschaft „Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin“, — desgleichen über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Verpfändung der münchener Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuch einer Fortbildungsschule, — desgleichen über die Vorlagen, betr. die Versorgung der Gemeinde Friedrichshagen mit Wasser aus dem städtischen Wasserwerk am Müggelsee, sowie den Ausbau der zweiten Hälfte des Wasserwerkes Regel für Grundwasser-Verordnung und den Erwerb eines fortifikationellen Grundstücks für diesen Zweck — Vorlagen, betreffend die Frequenz in den Gemeindefschulen am 15. Mai dieses Jahres, die Dauer der probeweisen Beschäftigung von Beamten im städti-

schen Dienst vor ihrer etatsmäßigen Anstellung. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend den Urlaub der städtischen Arbeiter — Vorlagen betreffend die Vermietung der im Sparassenhause Linienstraße 7/8 frei verfügbaren Räume — die Bewilligung der Kosten, welche durch die Teilnahme der Stadt Berlin an der Deutschen Städte-Ausstellung 1903 in Dresden entstehen werden, in Höhe von 60 000 M. und die Festsetzung von Einheitspreisen für die Erstattung der Waisenpflegeskosten im Zeitabschnitte 1. April 1901/1903.

**Eine Wüste des Innungswesens.** Ein 42 Jahre alter Lehrling ist neuerdings der Tischler-Zwangsjungung in Steglitz zugewiesen worden. Mit diesem Lehrling hat es eine eigenartige Verwandnis. Er hatte ursprünglich die Stellmacherei gelernt und es hier zur Meisterschaft gebracht. Als aber dieses Handwerk infolge der fortschreitenden Maschinenentwicklung für ihn seinen goldenen Boden verlor, füllte er um und wandte sich der Tischlerei zu. Hier hat er es wieder zu etwas gebracht, betreibt ein eigenes Geschäft und beschäftigt eine Anzahl Gesellen und Lehrlinge. Da aber nach dem neuen Handwerkergesetz zum Halten und Ausbilden von Lehrlingen der Meisterartikel erforderlich ist, dieser nun durch eine Prüfung vor der Handwerkerkammer erworben werden kann, und die Vorbedingung besteht, daß der Prüfling bei einer Innung ordnungsmäßig als Lehrling eingeschrieben war und seine Gesellenprüfung in aller Form bestanden habe, so meldete er sich kurz entschlossen, um sich seine fernere Lebensstellung zu sichern, bei der Tischler-Zwangsjungung in Steglitz als Lehrling an. Diese wies ihn indessen mit seinem Gesuch ab, da ihr ein solcher Fall bisher noch nicht vorgekommen war. Reichswehrbeschreibend wandte er sich daraufhin an die Handwerkerkammer, und diese wies die Innung an, dem Antrage gemäß seine Aufnahme in die Lehrlingsrolle zu bewirken. So ist aus dem Meister ein Lehrling geworden.

**Und Furcht vor Strafe hat sich das 22 Jahre alte Dienstmädchen Anna L.,** das bei dem Schneidermeister Robber in der Lindenstraße 45 ein Vierteljahr lang in Stellung war, das Leben genommen. Der Dienstherr vermißte eines Tages ein Stück Zeug im Werte von 10 M. Am nächsten Tage gelang das Mädchen, das Zeug entwendet und an eine Frau in der Steglitzerstraße verkauft zu haben. Der Meister entließ das Mädchen sofort, zeigte auch den Diebstahl der Polizei an, glaubte aber, daß eine Verurteilung nicht eintreten werde, da er sie nicht beantragt habe. Das war ein Irrtum, der traurige Folgen hatte. Das Verfahren mußte auch ohne Antrag des Verurteilten seinen Gang nehmen und das Mädchen eine Strafe erwarten. Um dieser zu entgehen, sprang es nachts vor dem Hause Friedrichstraße 66 in den Schloßkanal und ertrank. Gestern fand man gegenüber der Unterwasserstraße seine Leiche.

**Ein rumänischer Diebeslehrling** wurde gestern bei Ablegung seines Meisterschickes festgenommen, während es dem ihn begleitenden „Lehrherrn“ gelang, sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen. Gestern nachmittag bestiegen zwei Damen und zwei Herren an der Ecke der Leipziger- und Friedrichstraße einen Wagen der Straßenbahnlinie 66 (Rixdorsberg-Palast). Die beiden Damen nahmen im Innern Platz, während die Herren auf der Plattform stehen blieben. Kaum hatten die Frauen Platz genommen, als die ältere der beiden plötzlich ansprang und mit dem Rufe: „Mir ist mein Portemonnaie gestohlen“ nach dem Herrn eilte. Hier beschuldigte sie den jüngeren der mit ihr aufgestiegenen Männer des Diebstahls. Der Angeklagte holte ein Zehnpfennigstück aus der Tasche und protestierte lebhaft gegen die Verdächtigung. „I hob nur Grosche, nig Geld, viskieren's!“ mit diesen Worten forderte er die übrigen auf der Plattform stehenden Männer auf, seine Taschen zu untersuchen. Man kam dem nach und tatsächlich wurde das Portemonnaie nicht gefunden. In diesem Moment machte die nun ebenfalls aus dem Wagen heraustratende jüngere Dame darauf aufmerksam, daß das wußgefüllte Geldstück hinter dem Rücken des Verdächtigen soeben zur Erde gesunken sei. Nun rief der junge Burche, der von einem der Herren am Arm gehalten wurde, sich plötzlich los, sprang von dem in der Fahrt befindlichen Wagen hinunter und ergriß die Flucht. Er wurde jedoch verfolgt und vor dem Hause Leipzigerstr. 25 festgenommen. Sein Begleiter hatte schon vorher in dem herrschenden Trübel unbemerkt den Straßenbahnwagen verlassen. Die Vernehmung des Verhafteten, eines etwa 16jährigen Burchen, gestaltete sich dadurch schwierig, daß er plötzlich kein Wort deutsch verstehen wollte. Er beantwortete alle an ihn gerichteten Fragen mit: „Nig deutsch“. Es war noch nicht möglich, seine Personalien festzustellen.

**Eine Diebesjagd auf den Dächern** veranlaßte gestern Abend um 1/2 12 Uhr an der Ecke der Varmin- und Reuen Königstraße einen großen Menschenauflauf. Leute in der Komminstraße sahen auf den Dächern der Häuser Nr. 28, 29 und 30 zwei junge Burchen von ungefähr 20 Jahren, die auf dem Grundstück Nr. 30 verschwand. Man vermutete, daß es Diebe seien, die es auf die Dachkammer des dort wohnenden Badermeisters Denkwitz abgesehen hatten. Da dieser nicht zu Hause war, so machte sich der Salächtermeister Hübner mit zwei Gesellen und einem Schanzmann auf die Jagd. Die Einbrecher waren auch in der Mansardenstube gefangen, als aber die Verfolger unter dem Dach erschienen, waren sie bereits nach dem Hause Nr. 28 an der Ecke der Reuen Königstraße entflohen. Der Lärm der Menge hatte sie verschreckt. Bevor man das Erdhaus besetzen konnte, waren sie durch den zweiten Ausgange entkommen. Ihre Beute entsprach nicht der Mühe; nur eine silberne Remontoiruhr, die dem Dienstmädchen Marie Lehmann gehört, 18 M. wert ist und die Nummer 255 trägt, erhaschten sie in der Eile.

**Ueber den Selbstmord einer Berliner in Lundenwald** wird von dort berichtet: In einem hiesigen Restaurant verpfändete sich gestern die aus Berlin gebürtige Schnittwarenhändlersfrau Vertha Hennike. Die Selbstmörderin, welche mit ihrem Namen in Geschichte lebt, ist über Nacht gestorben.

**Feuerbericht.** In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Elisabethstr. 22 gerufen. Hier war durch Selbstentzündung von Wretholen in einem Keller ein Brand entstanden, der indes bald abgeblüht werden konnte. Montagnachmittag 4 Uhr gingen in der Preisenstr. 17 Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf, die jedoch auch bald unterdrückt werden konnten. Zur selben Zeit hatte die Wehr längere Zeit in der Alten Schönhauserstraße 6 zu thun. Hier war in der Lichorienfabrik von F. W. Wesenberg ein Feuer ausgebrochen. Die Wehr hatte hier über eine Stunde lang aus einer Schlauchleitung Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. Eine Betriebsstörung findet indes nicht statt. Kurz vorher hatten sich in der Adlerstr. 85 Cellulosewaren in einem Schaufenster entzündet. Doch gelang es der Wehr, erheblichen Schaden noch rechtzeitig zu verhüten. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von dem Lindenhof und von der Admiralstr. 20 zu verzeichnen, die jedoch auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

## Aus den Nachbarorten.

**Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Sitzung.** Die Vertheilung in der Anwendung der Steuerprozenten die städtischen Behörden oftmals zu verfahren pflegen, zeigte sich in der letzten Montagsitzung. Trotzdem der Magistrat den wichtigsten Vorlagen gegenüber die strengste Sparsamkeit walten läßt, hatte er beantragt, zur Ausschmückung der Aula des Reformgymnasiums die Kleinigkeiten von 6350 M. zu bewilligen. Nach der Ansicht von Architekten aber ist die Aula noch in einem Zustande, der einer solchen Anstalt noch lange zu zerbe gereichen kann. Von den meisten Rednern wurde denn auch auf die vom Magistrat wiederum verschleppte Krankeuhaus-Angelegenheit verwiesen, und unsere Genossen hoben mit Recht hervor, daß für das Wohl der Bürger und die Bewirkung dringender Bedürfnisse immer kein Geld vorhanden sei, während hier Summen angewendet werden sollen, die mit dem Bedürfnis und mit dem finanziellen Stande der Dinge nicht im Einklange stehen. Die Magistratsvorlage wurde denn auch mit großer Mehrheit abgelehnt. — Ein andres Beispiel guter Verwaltung zeigte sich bei der Mischung von Räumen zu Bureau-

zu we den im Hause Sedanstr. 1, wozu der Magistrat die Bewilligung von je 800 M. für 15 Zimmer verlangte. Der Ausschuss hat den Antrag abgelehnt, da ein anderer Eigentümer in der Feuertstraße inzwischen ein Angebot von 235 M. für das Zimmer gemacht habe. Schließlich fand ein Vertagungsantrag Annahme. — Damit bei den allgemeinen Gehaltsverhandlungen für die oberen Beamten auch die Oberlehrer nicht zu kurz kommen, bewilligte man ihnen vom 1. April d. J. ab eine Erhöhung des Grundgehalts um 300 M. und erhöhte demgemäß das Gehalt für die höheren Klassen um je 10 M. — In einem Dringlichkeitsantrage soll der Magistrat ersucht werden, wegen des Ausbaues der Kanalisation eine Vorlage zu machen. — Sodann wurden noch zur Entfaltung von Kindern nach der Ferienkolonie Burgwenden bei Erfurt 500 M. bewilligt; ferner wurde dem Antrage zugestimmt, das Realgymnasium im Berliner Ostteil „Bernier Siemens-Realgymnasium“ zu nennen.

**Aus Altdorf.** Im Wiesengarten ertrunken ist gestern an der Dreptenstraße der 5 Jahre alte Sohn Erich des Bahnarbeiters Wilhelm Duda aus der Rosenstr. 6. Beim Spielen ist der kleine unbemerkt in das an der Unfallstelle sehr tiefe Wasser gefallen und elend umgekommen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

**Baunfall.** Am Montagabend, kurz vor Feierabend ereignete sich auf dem Neubau der Firma Kollberg u. Leisow in der Eisenstraße in Altdorf ein Unglücksfall. Der Arbeiter Regenberg aus Schöneberg war mit noch zwei Kollegen damit beschäftigt, ein neu erbautes Gerüst mit Brettern abzugeben. Regenberg war gerade im Begriff, ein ca. 5 Meter langes Rüstbrett auf die Kniegel zu legen, als das Brett von einem starken Windstoß erfasst wurde. R. glaubte, sich durch einen Sprung retten zu müssen, anstatt das Brett fallen zu lassen. Dasselbe blieb oben hängen, während R. ca. 5 Meter tief so unglücklich sprang, daß er ein Bein brach und am andern starke Kontusionen und eine gefährliche Verrenkung davontrug. Der Schwerverletzte wurde mittels Rettungswagen nach dem Rother Krankenhaus gebracht.

**Essentielle Bibliothek und Besuche zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann.** Alexanderstr. 28, Gartenhaus. In der Zeit vom 22. Juni bis 1. Juli werden in der Ausleihs-Bibliothek keine Bücher verliehen. Die in den Händen der Leser befindlichen Bücher müssen zum Zweck der Inventuraufnahme zurückgegeben werden. Die Leses- und Arbeitsstätte sind nach wie vor von 6 1/2—10 Uhr abends geöffnet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Mittwoch, den 25. Juni.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Gastspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart. Die Keinen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Im Wiederholungsstück: Offenbach: Es ist ein Polka und Perinette. — Der Regimentschreiber. — Fröhlich und Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutscher.** Alt-Geibelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutscher.** Der arme Jonathan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol.** (Moritz-Oper.) Die Augenotten. Anfang 8 Uhr.  
**Neues.** Ledige Leute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.  
**Welle-Alliance.** Cr. — Der Tischgast. — Reiz Mädchen und kein Mann. Anfang 8 Uhr.  
**Carl Weiss.** Gefallene Mädchen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der lustige Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**G. v. Dolzogens** Bunter Theater (Wiederholt). Anfang 8 Uhr.  
**Schau und Rauch.** Szenenstudium. Zwischenstücke u. a. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Puffkuchen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Melchthalen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Cyphus.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Jubiläumsspiele 57/58. Täglich: Sternwarte.

**Central-Theater.**

Deute, den 25. Juni, Anfang 8 Uhr.  
 Zum letztenmal:  
**Coralie & Cie.**  
 Schwan in 3 Akt v. Adin Baladroux und Maurice Demoulin.  
 Morgen: Tolle Witzbürger.

**Carl Weiss-Theater.**

Große Frankfurterstr. 132.  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Viper.**  
 Kriminal-Schauspiel in 7 Bildern.  
 Morgen: Gefallene Mädchen.  
 Im Garten: Kinderfest. Freie Morgana. Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater**

Anfang 8 Uhr. **Moritz-Oper.**  
 Vorletztes Gastspiel des Kammer-sängers Alfred Oberländer:  
**Die Augenotten.**  
 Donnerstag: Ein Maskenball.  
 Freitag: Francesca Prevost:  
**Carmen.**

**Belle-Alliance-Theater.**

Anfang 8 Uhr:  
**„Er.“** Barthelemy. „Der Tischgast“ von Henry Pagot.  
 Deutsch von G. Rena. Darauf:  
**Zehn Mädchen und kein Mann.**  
 Komische Operette von Franz Suppé.  
 Bei günstiger Witterung auf der neuen Gartenbühne.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:

**Die deutsche Ostseeküste.**

**CASTANS Panoptikum**

Friedrich-Strasse 155.  
 Photographische Aufnahmen von der Insel

**Martiniqne und von den Schladtoldern Transvaals.**

Im Konzertsaal:  
 Schwedische Künstlerkapelle  
 4 Damen, 2 Herren.

**Passage-Panoptikum.**

Der weibl. Affenmensch.  
 Die Seejungfer.  
 Der Tigerknabe.  
 Der Tigerknabe.  
 Von nachm. 4 Uhr 1/2 stündlich.

**Damen-Ringkampf.**

Alles ohne Extra-Entree

**Passage-Theater.**

Anfang Sonntags 3 Uhr,  
 Wochentags 5, Ende 11 Uhr.

**Willy Prager**

**ZOOLOGISCHER ZGARTEN**

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
 Sonntags und Donnerstags:  
 3 Musikcorps.  
 Entree 1 Mark  
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Apollo-Theater**

Um 7 Uhr: **Garten-Konzert.**  
 Um 8 Uhr: Die sensationellen **Spezialitäten I. Ranges.**  
 Um 9 Uhr: Mit kolossalem Erfolg: **Paul Linckes Ausstattungs-Operette**

**Lysistrata**

mit dem Luftballett „Grigolitis“  
 Kasseneröffnung 8 Uhr.

**Schau und Rauch (Kleines Theater)**

Unter den Linden 44.  
 Mittwoch, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:  
 Letzte Vorstellung dieser Saison.

**Serenissimus-Zwischenspiele u. a.**

**Wintergarten.**

Aus dem interessantesten **Junii-Programm:**  
 „Das Mädchen mit dem gold. Haar“  
 und 16 erstklass. Spezialitäten.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
 H. S. C. Berlin, Brückenstr. 10a.  
**Zweig 99.** Der 25. Dezember im Jahre 1902 war ein Freitag. Nr. 11 G. B. Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben.  
**Spandan.** 1. Es wird allgemein behauptet. 2. Frhr. v. Seckendorff. 3. Unbekannt.  
**Köthen.** In Köthen werden selbstverständlich wohl auch die Zeichen von Selbstmördern verbrannt. — Es ist und nicht klar, was Sie über S. näheres wissen wollen.  
**Abendrot.** Bistoch ist es Ihnen möglich, uns den Prospekt über die Statuen der Rasse zu übersenden. Wir werden Ihnen dann näheres mitteilen.

**Wobbit.** Ihre Frage läßt sich ohne Kenntnis, um welche Art Verein (Versicherungsverein? rechtlicher Verein? Genossenschaft?) es sich handelt, nicht beantworten. Das Rechtsverhältnis der Vorstehenden rechtsfähiger und nicht rechtsfähiger Vereine finden Sie S. 234—236 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuchs beigelegt. — S. 2. 92. 1. Nein. 2. Das ist möglich. — S. 78. Nein. — S. 2. 1902. 1. und 2. Nein. — **Gedwig B.** Auf die Berufung allein des Angeklagten hin kann eine Strafe nicht erhöht werden. Eine Erhöhung ist nur möglich, wenn der Staatsanwalt Berufung einlegt. — 9. Den Verpflichtungen müssen Sie nachkommen. — **H. K. Altdorf.** Die Frau ist durch ihre Eheliche mit einem Deskreiter Deskreiterin geworden und hat ihre preussische Staatsangehörigkeit verloren. Auch ihre Kinder sind Deskreiter. Die Witwe und ihre Kinder können die preussische Staatsangehörigkeit durch Naturalisation gewinnen. Auf diese Naturalisation haben sie als nicht deutscher Ausländer kein Recht, sie hängt vielmehr von dem pflichtmäßigen Ermessen, genannt Willfür, der Verwaltungsbehörde ab. Der Antrag ist an den Regierungspräsidenten (in Berlin an den Polizeipräsidenten) zu richten. Die Empfangnahme der Naturalisationsurkunde ist mit 50 M. Kosten verbunden. — G. S. Sie müssen die Schläffel abgeben. — **Zwei Streitsude.** Gehbruch ist mit Gefängnis von einem Tage bis zu 6 Monaten strafbar. Die Strafe tritt nur ein, wenn wegen dieses Gehbruchs die Ehe getrennt ist und der ungeschuldige Ehegatte Befragung beantragt. Bestraft werden beide Ehegatten: ob der Mann älter ist als die Frau ist völlig gleichgültig. — **W. D. Jansohn.** — S. 100. Die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, ist als ein wichtiger Grund, der zur sofortigen Aufhebung eines gewerblichen Arbeitsverhältnisses berechtigt, doch auf mindestens vier Wochen oder mit einer längeren als 14 tägigen Kündigungsfrist vereinbart ist, nur dann zu erachten, wenn ohne diese Aufhebung die Möglichkeit des Selbständigmachens verloren ginge. — **Hina und Erna.** 1. Ja, aber Sie haben als Ehefrau das Recht, das Spinde öffnen zu lassen oder gezwungen zu öffnen. 2. Nein. 3. Etwa 70 M. monatlich. 4. Ihr Mann. — S. 2. 47. Eine Klage hätte

wenig Aussicht auf Erfolg. Zu Klagen wäre beim Generalgericht. — S. 55, G. M. 100. Ja. — D. K. Eine innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis von dem Vorfall angebrachte Klage ist das Landgericht. — 1000. Ja. — **Geibler.** 26. Ihre Frau reicht an das Gericht eine Eingabe etwa folgenden Inhalts ein: In der und der Sache bin ich am so und so vielten als Zeuge vernommen. Als Zeugegehör beauftragt ich, mir so und so viel zu zahlen und begründe meinen Anspruch durch folgende Angaben und die anliegende Bescheinigung. Dann erhalten Sie in der Regel spätestens in 4 Wochen eine Antwort des Gerichts. — H. S. G. 26. 1. Nein. Die Sienergese haben mit dem Arbeitervertrag nichts zu thun und sind in Deutschland sehr mannigfaltig. Sie reklamieren, indem Sie innerhalb der Wägigen Frist etwa schreiben: Gegen die Veranlagung zur Steuer erkläre ich und beantrage, die Steuer herabzusetzen. Wenn Jahres-einkommen beträgt nur... u. s. w. Dann folgt eine nähere Darlegung und Ihre Unterschrift. 2. Die Klagen finden Sie im Adresskalender, zweiter Teil, aufgeführt. 3. Knechtweg. — **Karl Wichmann.** Wenden Sie sich an das Kreisverwaltungsamt. — D. Das letztere ist richtig. — **Karl Fischer.** Im deutsch-französischen Kriege waren von deutscher Seite nach Frankreich eingerückt 33 101 Offiziere und 1 113 254 Mannschaften, in Deutschland fanden noch 9319 Offiziere und 338 738 Mannschaften. Die Zahl der französischen Soldaten schätzte man auf 1 400 000 Mann, 26 307 andere Mannschaften, verbannt wurden 4184 Offiziere und 84 300 andere Mannschaften. Die französische Verlustziffer wird auf 130 000 geschätzt. — **G. M. Altdorf.** Nein. — A. G. Mit Ihren Geldmitteln können Sie machen, was Sie wollen. Sie können also es auch durchführen, ohne sich strafbar zu machen. Nur bringt das Geld dann niemand mehr als Zahlungsmittel anzunehmen.

**Central-Verband der Maurer Deutschlands**

Zweigverein Berlin (Sektion der Patzer).  
 Sonnabend, den 28. Juni, in der „Brauerei Friedrichshain“ (fr. Sipps):

**XII. Stiftungsfest**

bestehend in  
**Konzert, Vorträgen und Ball.**  
 Das Konzert wird von Mitgliedern des Centralverbandes der Civil-Berufsmänner unter Leitung des Musikdirektors Herrn Tietz ausgeführt. — Aufzutreten der beliebten Volksänger-Gesellschaft **Lowandowsky.** Willeis sind bei den Beiträgen und im Bureau Rosenstraße 57 zu haben. — Die Mitglieder werden ersucht, sich vorher mit Visiten zu versehen; offene Kasse findet nicht statt. — Die Kaffeekeche steht den gehörten Damen von 3 Uhr nachmittags an zur Verfügung. — Anfang des Konzerts 4 Uhr.  
 Das Bureau ist am Sonnabendmorgen geschlossen.  
 Die örtliche Verwaltung.

**W. Noacks Theater.**

Frauenstraße 16.  
 Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Rosen und Dornen.**  
 Barolde mit Gesang u. Tanz in 2 Akten.  
 Im Saal: **Tanzkränzen.**

**Prater-Theater**

Kastanien-Allee 7—9.  
 Täglich:  
**Durch fremde Schuld.**  
 Solist mit Gesang in 3 Akten.  
 Ballettges. Catalin. Tyrolenne Mary Elysa. Gratesauc-Rom. Paul Coradini. Brothers Fred, Musik. Excentric. Mr. Barling, leb. Photogr. Fred Harzahn. Troupe, Pantone. Kusanianströliche. Bartings elektrische Feerie. (3000 Lichter.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

**Max Kliems Sommer-Theater.**

Hasenheide 13—15.  
 Artistischer Leiter: Gust. Bock.  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
 Jeden 1. und 15. d. Monats:  
 Wechselndes Programm!  
 Donnerstag: **Elite-Tag.**

**Schweizer Garten**

Am Königsthor 42029.  
 Am Friedrichshain  
 Täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**  
 Freier Damenanzug bis 7 Uhr.  
 Um 10 Uhr: **Banditenfreude.**  
 Operette in 1 Akt von Suppé.

**Ostbahn-Park.**

Am Kästnerplatz, Rüdersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Kraft-Rothwein**  
 für Blutmarme u. Kranke  
 Erzählung  
 Feurig-Süß  
 Sanjalucia  
 Fl. 1.50 u. 2 M. überall zu haben  
 empfiehlt A. Sommer, N. Rolonlestr. 3.

**Sauerstoffwasser**

nach ärztlicher Verordnung  
**grosse Flasche 10 Pf. exkl. Glas.**  
 Zu haben in unseren ca. 300 Niederlagen.  
 Von 30 Flaschen an frei Haus.

**Selterswasser**

**grosse Flasche u 5 Pf. exkl. Glas.**  
**Bruselimonaden.**  
**Himbeer-, Citronen-, Waldmeister-Geschmack a 10 Pf. exkl. Glas, nur aus frischen Früchten bereitet.**  
 Zu haben in unseren ca. 300 Niederlagen.  
 Von 30 Flaschen ab frei Haus.

**Fruchtsäfte**

**Himbeer-, Citronen-, Kirsch-, Erdbeer-, Johannisbeersaft, in feinsten Raffinade eingekocht, a Literflasche 1.30 exkl. Glas.**

**Citronensaft zur Kur**

aus frischer Frucht a Fl. 1.50, 1.00 und 0.55 M.  
 Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.  
 Bestellungen frei Haus bitten direkt an uns zu richten.

**Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.**

wenig Aussicht auf Erfolg. Zu Klagen wäre beim Generalgericht. — S. 55, G. M. 100. Ja. — D. K. Eine innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis von dem Vorfall angebrachte Klage ist das Landgericht. — 1000. Ja. — **Geibler.** 26. Ihre Frau reicht an das Gericht eine Eingabe etwa folgenden Inhalts ein: In der und der Sache bin ich am so und so vielten als Zeuge vernommen. Als Zeugegehör beauftragt ich, mir so und so viel zu zahlen und begründe meinen Anspruch durch folgende Angaben und die anliegende Bescheinigung. Dann erhalten Sie in der Regel spätestens in 4 Wochen eine Antwort des Gerichts. — H. S. G. 26. 1. Nein. Die Sienergese haben mit dem Arbeitervertrag nichts zu thun und sind in Deutschland sehr mannigfaltig. Sie reklamieren, indem Sie innerhalb der Wägigen Frist etwa schreiben: Gegen die Veranlagung zur Steuer erkläre ich und beantrage, die Steuer herabzusetzen. Wenn Jahres-einkommen beträgt nur... u. s. w. Dann folgt eine nähere Darlegung und Ihre Unterschrift. 2. Die Klagen finden Sie im Adresskalender, zweiter Teil, aufgeführt. 3. Knechtweg. — **Karl Wichmann.** Wenden Sie sich an das Kreisverwaltungsamt. — D. Das letztere ist richtig. — **Karl Fischer.** Im deutsch-französischen Kriege waren von deutscher Seite nach Frankreich eingerückt 33 101 Offiziere und 1 113 254 Mannschaften, in Deutschland fanden noch 9319 Offiziere und 338 738 Mannschaften. Die Zahl der französischen Soldaten schätzte man auf 1 400 000 Mann, 26 307 andere Mannschaften, verbannt wurden 4184 Offiziere und 84 300 andere Mannschaften. Die französische Verlustziffer wird auf 130 000 geschätzt. — **G. M. Altdorf.** Nein. — A. G. Mit Ihren Geldmitteln können Sie machen, was Sie wollen. Sie können also es auch durchführen, ohne sich strafbar zu machen. Nur bringt das Geld dann niemand mehr als Zahlungsmittel anzunehmen.

**Witterungsübersicht vom 24. Juni 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer Hand m. m.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 7 U. — 4 U.	Stationen	Barometer Hand m. m.	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 7 U. — 4 U.
Wolmende	768	SW	5	Regen	12	Haboranda	768	NO	4	wolkig	11
Hamburg	767	N	4	bedeckt	15	Beiersburg	769	NO	1	bedeckt	10
Berlin	765	SW	4	heiter	17	Gort	767	S	3	hebel	13
Frankf. M.	768	SW	2	wolkig	17	Alberden	—	—	—	—	—
München	768	SW	4	bedeckt	16	Paris	769	N	2	wolkig	16
Wien	763	SW	2	bedeckt	16						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 25. Juni 1902.  
 Ein wenig wärmer, teilweise heiter, aber noch veränderlich bei gleichmäßig nördwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

**Innungskrankenkasse der Töpfer-Innung.**

Außerordentliche General-Versammlung der Delegierten  
 am Montag, den 9. Juli 1902, abends 9 Uhr,  
 im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.  
 Tagesordnung:  
 1. Statutenänderung § 10 des Statuts sowie Anträge des Vorstandes und Beschlussfassung. 2. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresabrechnung pro 1901. 3. Verschiedenes. Delegiertenkarte berechtigt nur zum Eintritt.  
 Heinhold Rohloff, Carl Hoier, Vorsitzender, Schriftführer, Wasserthorstr. 26. Schöferstr. 31.

**Marienbad**

Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.  
 Heute Mittwoch:  
**Grosses Kinderfest.**  
**Damen-Wettrennen.**  
 1. Preis: 1 Kaffeeservice!  
 Kinderbelohnungen aller Art.  
 Weiblich Erfolg!!  
**Berlin wie es lebt und liebt.**  
 Entree für Kinder 10 Pf., dafür Schärpe oder Krüge gratis.

**Allerlei-Theater**

früher Pahlmann  
 Schönhauser Allee No. 48.  
 Heute Mittwoch, den 25. Juni:  
**Grosses Sommerfest**  
 des Wohlthätigkeits-Vereins  
**„Mathilde Caro“.**  
**Gr. Konzert, Theater u. Spezialität-Vorstellung.**  
 Das erfolgreichste große Wohlthät.:  
**Der Diamantenraub.**  
 Im großen Prachtssaal:  
**Gr. Sommernachtsball.**  
 Die Kaffeekeche ist geöffnet.  
 Anfang des Konzerts 4 Uhr.  
 Donnerstag: Gr. Vorstellung.

**Reichshallen.**

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
 Tageskasse 11—1 1/2 Uhr.

**Reichshallen.**

Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
 Tageskasse 11—1 1/2 Uhr.

**Sanssouci**

Kottbuserstr. 4a,  
 Station der Hochbahn.  
 Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal:  
**Kottmanns Norddeutsche Säger und Konzert.**  
 Sonntag, Freitag und Donnerstag nach der Solire: **Tanzkränzen, Tanz frei!**  
 Anfang Sonntags 5 Uhr, Entree 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Wochentags 6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**Zahn-Klinik.**

beliebige Zeit, Invaliden-  
**Olga Jacobson, strasse 145**



**Brillen und Pincenez**

hochgenügend angepasst u. vorzüglich sitzend, findet man in jeder Ausführung in dem Institut für Präzisions-Optik von

**Ernst Rlok, Inh. C. Buttendorf, BERLIN N., Weinbergsweg 15b,** zweites Geschäft v. Rosenthal Thor.  
**Rolse-u. Theatorgässchen v. 4, 60 a.**



Marken: Spezialglas, gross, mit 8 Gläsern, Compas, Knie, und 8 Klappen, 12 Verstellbar, 12 M.

**Socialdemokratischer Verein**  
im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Duske (Schulz), Grenadierstraße 33:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Wie beteiligen wir uns an den vorkünftigen Landtagswahlen? Referent  
Genosse **Dr. Leo Arons.** 2. Diskussion. 3. Befähigung von zwei  
Abteilungsleitern. 4. Statuten-Änderungen. 5. Vereins-Angelegenheiten  
und Beschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 245/11\*  
Säufliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
**Central-Franken- u. Sterbekasse der Zimmerer**  
F. D. Nr. 2, Hamburg, seitliche Verwaltung Berlin.  
Freitag, 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15 (großer Saal):  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Wahl des Vorstandes. 2. Berichterstattung von der XII. General-  
versammlung. 3. Diskussion. — Mitgliedsbuch legitimiert.  
259/10 Der Vorstand. J. H. R. Schröder.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Berlin.  
Heute, Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
sämtlicher  
**Bezirke und Branchen.**

Tages-Ordnung:  
1. Situationsbericht. 2. Antrag der Bauhölzer. Werkstätten und  
Differenzen.  
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Dele-  
gierte zu entsenden.  
Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

**Honig!** Unverfälscht. Deutscher  
Bienenhonig, best. Quali-  
tät, die 10 Pfunddose zu 6,50 Mk., 5 Pf. 3,25  
4 Mk. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof**  
Auguststr., Oldenburg.

**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Specialarzt für 25/17\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Achtung! Töpfer Berlins und Umgegend.**  
Am Donnerstag, den 26. Juni, abends 6 Uhr, bei Stechert,  
Andreasstr. 21:

**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Töpfer zur Einführung des paritätischen Arbeits-  
nachweises. 2. Diskussion.  
Der Einberufer: Ernst Paul.

**Achtung! Achtung!**  
**Rixdorf.**

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im  
Lokale des Herrn Gröpler, Bergstr. 147:

**Volks-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
„Die preussische Polenpolitik und ihre Erfahrung für das deutsche  
Volk“. Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Georg Ledebour.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.  
Der Einberufer.

# Die Preise unserer Schuhwaaren

sind streng fest und auffallend billig.

## Unsere Qualitäten

sind von anerkannt unübertroffener Haltbarkeit.  
**Unsere Passformen**

in ihren verschiedenen Façons sind unerreicht.

Wir verkaufen unsere Erzeugnisse  
ohne irgend welchen Zwischhandel direct an das  
Publikum in unseren eigenen 72 Filialen. Dieses spart  
daher den Unterschied im Preise, welchen sonst  
der Zwischenhändler für sich in Anspruch  
nehmen muss. Unsere Preise werden  
in unseren Fabriken auf jede Sohle  
aufgestempelt.

Jede Uebervorteilung  
daher unmöglich.



**Herren-Leder-Schnür-Stiefel**  
dauerhaft, elegant . . . . 7,00 Mk.  
elegante, breite Form . . . 8,20 Mk.

**Damen-Leder-Knopfstiefel**  
elegant — dauerhaft 6,00 Mk.

**Damen-Leder-Schnür-  
Stiefel**, bequem 5,50 Mk.  
— solide.

**Damen-Leder-Zug-  
stiefel**, angenehm  
und haltbar 3,40 Mk.

**Farbiges  
Schuhwerk**  
in den  
modernsten Farben  
für Damen, Herren und  
Kinder.

**Goodyear Welt  
Schuhe und Stiefel**  
nur eigenes Fabrikat, das beste  
Schuhzeug der Gegenwart.



**Herren-Leder-Zug-Stiefel**  
mit Besatz, bequemer, dauer-  
hafter Strassen-  
stiefel 4,50 Mk.

**Mädchen-,  
Knaben- und  
Kinderschuhe**

in allergrösster Auswahl,  
unvergleichlich billig.

Ab unseren Fabriken findet

kein Versand statt, man wende sich  
daher stets an die nächstliegende  
Filiale.



**Herren-Leder-Schnallen-  
Stiefel**, bequemster  
Stiefel der Jetztzeit 9,80 Mk.



# Conrad Tack & Cie, Burg bei Mgd.

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.

72 eigene Geschäfte in allen Theilen Deutschlands, davon 15 in Berlin und Vororte.

O. Andreasstrasse 50,  
NW. Busselstrasse 20,  
N. Danzigerstrasse 1, Ecke Schönhauser Allee  
SW. Friedrichstrasse 210-211,  
Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 122. ♦ Rixdorf, Bergstrasse 30-31. ♦ Potsdam, Brandenburgerstr. 49.

O. Grosse Frankfurterstrasse 139,  
N. Müllerstrasse 3,  
S. Oranienstrasse 65,  
W. Potsdamerstrasse 50.

C. Rosenthalerstrasse 14,  
C. Spittelmarkt 15,  
NW. Thurmstrasse 37,  
NW. Wilsnackerstrasse 22,  
Potsdam, Brandenburgerstr. 49.

Der Verkauf zurückgesetzter Waaren zu fabelhaft niedrigen Preisen findet bis auf weiteres in unsren Filialen BERLIN C., Rosenthalerstr. 14, und BERLIN W., Potsdamerstr. 50, statt.

Jedes 5 Pfennig.  
Wort: 5 Nur das erste  
Wort fett. Worte mit mehr als  
15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste  
Nummer werden  
in den Annahmestellen für Berlin  
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,  
in der Hauptexpedition Bauhausstr. 3  
bis 4 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

**Schuhgeschäft** zu verkaufen.  
Reider, Trebbenerstr. 53. 464\*

**Seifengeschäft** veräußert. Post-  
str. 2. 3256

**Gardinenhaus** Große Frankfurter-  
str. 9, parterre. 437\*

**Vorjährige** elegante Herren-Anzüge  
und Sommerpaletots aus feinsten  
Stoffen 26-40 Mark. Verkauf Sonn-  
abend und Sonntag. Verkauft durch  
Germania, Unter den Linden 21, II.

**Teppiche!** (schlechte) in allem  
Größen für die Hälfte des Wertes im  
Teppichlager Behm, Hofischer Markt 4,  
Bahnhof Börse. 1117\*

**Spotbillig** Teppiche, Betten,  
Stoppdecken, Gardinen, Regulatoren,  
Nepeterbetten, Leinwand, Reuber-  
str. 6. Teilzahlungen gestattet. \*

**Große** Betten, 11 Mark an, erst  
klassische Wandarmenbänder Pfund  
1,90. Fabriklager Wandbergstr. 11  
Nr. 37, I. 10892\*

**Pianino** sofort veräußert. Ritter-  
str. 120, I. 227\*

**Polierlappen** für Tischler, Pfund  
40 Pf., verkauft Handbuch-Berlei-  
Schmitt, Holtenauer, Spandauer-  
str. 47/48. Fernsprecher I 3514.

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung,  
Wäsche 1,00, gebrauchte tabellos, spott-  
billig Köpferstr. 60/61, Wand-  
bergstr. 82 I. 499\*

**Teppiche** mit Farbenrechten  
Fabrikateverlage Große Frankfurter-  
str. 9, parterre. 437\*

**Verfallene** Plüsch: Uhren,  
Ringe, Ketten, Regulatoren spott-  
billig Pfandische Alexanderstr. 73.

**Nähmaschinen**, verfallene, spott-  
billig, (Kleinauswahl) Pfandische  
Alexanderstr. 73. 26/104\*

**Saubere**! Gebrauchte neue  
Breiter, Kantholz, Vatten, Peifen,  
Türen, Fenster, Dachpappe, Leder  
büg. Kottwilerdamm 22. 24596\*

**Sparsparmittel**, unübertroffen,  
überzeugend halber fünfzig Pfennig-  
Produktions, Charlottenstr. 3. \*

**Stoppdecken** billig! Fabrik Große  
Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

**Papagei**, Romanos (sprechend,  
48,00, sprechender Star. Bloß, Frank-  
furterstr. 80/81, Hof. 27/12

**Bettstellen**, Nischenladen verkauft  
billig Oranienstr. 180 vorn III,  
Betgl. 4101

**Kartoffel**, Heringsgeschäft mit  
Genüsse, veräußert. Gramstr. 26,  
Annahmestelle. 4386

**Fahrrad** verkauft billig Oranien-  
str. 80/81, Hof. 4315

### Vermischte Anzeigen.

**Herrenfahrrad** billig zu ver-  
kaufen. Jantich, Trebbenerstr. 11.

**Rechtsbureau** Fabrik, Andreas-  
str. 48, dreifach, Rechtsb. Hof-  
Eingang, Hofstr. 4215

**Unfallfachen**, Klagen, Eingaben,  
Klaimationen, Puffer, Stegler-  
str. 65. 25426\*

**Kaufhäuser** von Frau Koloff,  
Steinwegstr. 48, Quergebäude hoch-  
parterre.

**Brodhaus**erit und alle andern  
Bücher kauft, bezieht Nationalität  
Kochstr. 50, I. Amt VI, 3307. \*

**Fahrrad**gehind, Kaplast, Schön-  
hauser Allee 163 a.

**Dividenden!** Wer sich über diese  
unlösliche Graufamkeit unter Zeit  
unterricht will, verlange die Flug-  
blätter des Reichsbundes gegen Divi-  
denden, welche monatlich versendet  
werden vom Berliner Arbeiter-  
verein, Köpenickerstr. 108. Um  
gütigen Abdruck wird gebeten. 161b\*

**Verein** Zimmer, Vier, alle Josef-  
str. 119. 1188K\*

**Verein** Zimmer für 40 Personen  
noch einige Tage frei. Ledebur,  
Romandantenstr. 65. 10602\*

### Vermietungen.

**Verein** Zimmer, 60 Personen,  
wegen Vergrößerung meines Lokals  
als Arbeitsraum, oder als  
verleiher. Neue Friedrich-  
str. 20. 2626\*

**Achtung!** Haben Sie keine Be-  
schäftigung, jedoch Reichtum, so  
können Sie groß werden, wenn Sie  
sich der Versicherungsbranche widmen.  
Anstellung erfolgt nach kurzer Tätig-  
keit. Offerten unter N. 1 an die  
Expedition dieses Blattes. 4306

**75 Biennig!** Eingabengehe,  
Schonhausen, Straßaden, Ge-  
scheidungs-, Interventions-, Beleidi-  
gungs-, Alimentenklagen, Unfall-  
klagen, Forderungsbefehle, Raterteilung,  
Wulfov, Stalgerstr. 141. Abends  
geöffnet. 4368

**Rechtsbureau**, Prozeßbeistand,  
Eingabengehe, Raterteilung, Fall,  
Brunnenstr. vierzig. 4396

**Möbliertes** Zimmer, ein auch  
zwei Herren, Stalgerstr. 30, Quer-  
gebäude II rechts, Einsoff. 4101

**Freundlich** möbliertes Zimmer,  
2 Herren, Winter, GutsMuthstr. 17,  
Dof II. 4335

### Schlafstellen.

**Freundliche** Schlafstelle finden  
Herren bei Schülpe, Schwedter-  
str. 250. 494

**Saubere** Schlafstelle vermietet  
Frau Günther, Admitstr. 16,  
vorn IV links. 4376

**Belegerin** verlangt Wohnung  
str. 43. 4346

**Alle** Frau zur Kuchhille (Kuch-  
beutel, Schönholzerstr. 4, vorn III,  
Einlieferin für Pantoffeln Jähren-  
walderstr. 2. 27/13

**Pläzieren** auf „Reu“ haben  
sofort dauernde Beschäftigung. Frau-  
bergstr. 7, Central-Dampf-Walch-  
anstalt. 11902\*

**Tüchtige** Belegerin verlangt Ad.  
Westmeier, Schmidtstr. 8a. 4136

**Im** Arbeitsmarkt durch  
besonderen Druck hervorgehobene  
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

**Achtung! Holzarbeiter!**  
Wesperi sind folgende Werkstätten:  
Wagner, Wilmersdorf.  
H. Schulz, Krausstr. 18/19.  
Scheller, Petersburgerstr. 77.  
Gammel, Diefenbacherstr. 33.  
Stellmacher, Wilsnackerstr. 12.  
83/3\* Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Brauerei-Arbeiter!**  
Die Differenzen in der Vagenhofer-  
Brauerei sind noch nicht geregelt.  
Die Agitations-Kommission.

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.**

**Kollfänger**-Gesellschaft, Venan-  
dowsk, Eisingenstr. 4. 484\*

**Blinder** Einflüchter bietet um  
Arbeit. Stühle werden zu den  
billigsten Preisen gefertigt, werden  
abgeholt und unentgeltlich zurück-  
geliefert. Adresse: Wulfovstr. 27,  
H. Wälder.

**Stellenangebote.**

**Ältere** Frau, allein, wünscht  
Wirtschaftsstelle bei einzelnen Herrn.  
Wilsnackerstr. 20, 4 Treppen, Wai  
(Heiner Ausgang). 4356